



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

29.04.1932 (Nr. 88)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 29. April 1932 • Nummer 88

Unsere Parole:

Jeder wirbt einen neuen
Bezieher für die B. N. Z.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Schiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Schiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domscheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbo., Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: Hiesige die 10 gespaltenen mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengefühe RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Der Senat hat versagt

daher Auflösung der Bürgerschaft, Neuwahlen und Umbildung der Regierung!

Die Aufsichtspflicht des Staates

Wer trägt die bei der Sparkasse entstandenen Verluste?

Wie wir gestern schon mitteilten, sind die Sparkassendirektoren Ruyter und Wenholtz ihrer Posten enthoben worden. Zwei neue Direktoren sind sofort ernannt und man glaubt, mit einigen belanglosen Worten in der Regierungspresse, mit einer großen Portion Weisrauch und nur sehr wenig Selbstkritik, vor allem aber unter Ausnutzung des in Bremen so hoch im Kurs stehenden weiten Mantels demokratischer Nächstenliebe, die verantwortliche Stellung der verantwortlichen Männer in Regierung, Bürgerschaft und Sparkasse für längere Zeit gerettet zu haben.

Wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern nur gegen ihre politische und wirtschaftliche Stellung, die sie zum Schaden der Allgemeinheit eingenommen haben oder noch eingenommen. So sind uns der Privatmann Wenholtz und der Privatmann Ruyter auch weiterhin gleichgültig. Aber nicht gleichgültig ist uns, daß wir uns Monate hindurch haben beschäftigen oder beschäftigen lassen müssen, nur weil wir ein gutes halbes Jahr vorher die Forderungen und Grundzüge ausstellten, die sich heute z. B. die „Befreiung“ oder der Verwaltungsrat der Sparkasse zu eigen macht. Gerade in den wirtschaftlichen Kreisen Bremens hat man sich entsetzt über die Haltung der SEDAP-Fraktion und unserer Zeitung in Fragen der Sparkasse. Und eine Million Reichsmark wäre u. a. den bremischen Sparern erhalten geblieben, wenn man sich, statt sich zu entsetzen, dazu bereit gefunden hätte, unsere begründeten Forderungen zu prüfen und anzunehmen.

Nur selten ist es einer politischen Partei oder Zeitung möglich, einen so überzeugenden Wahrheitsbeweis, die Richtigkeit ihrer Stellungnahme zu führen, wie bei uns in diesem Falle. Im September 1931, in unserer Nummer 94, schrieben wir folgenden Satz:

Herr Wenholtz als verantwortlicher Finanzmann kann nicht Herrn Wenholtz als verantwortlichen Sparkassendirektor kontrollieren. Diese Verquickung muß bei einer politischen Belastung des Finanzmannes Wenholtz — und diese ist in hohem Maße vorhanden — das Vertrauen zu dem Sparkassendirektor Wenholtz gefährden.“

In der Entlassungsbescheinigung des Herrn Wenholtz heißt es wörtlich:

... daß eine intensive öffentliche Betätigung mit der namentlich in der letzten Zeit unbedingten notwendigen Vereinfachung seiner ganzen Kraft für die Sparkasse schwer vereinbar sei. Es komme hinzu, daß die Leitung eines gemeinnützigen, allen Schichten der Bevölkerung dienenden Instituts durch eine im politischen Leben stehende Persönlichkeit in Zeiten politischer Hochspannungen der Entwicklung der Sparkasse hinderlich sein würde. Bei dieser Sachlage halte er es im Interesse der Sparkasse für geboten, sein Amt als Direktor zur Verfügung zu stellen.“

Wir stellen nur fest, daß die Sparkasse und damit die Öffentlichkeit nicht nur vor einem großen Verlust durch einen völlig verrotteten Betrieb in der Effektenabteilung, sondern auch vor den sonstigen uns durchaus bekannten Verlusten bewahrt geblieben wäre, wenn man im September 1931 unsere Anregung befolgt hätte.

Statt dessen bezeichnete man uns als ein Hehlblatt und als wir im Februar dieses Jahres erneut auf die außerordentliche Verantwortlichkeit der Tätigkeit des früheren Sparkassendirektors Wenholtz hinwiesen, verbot man die Zeitung auf vier Wochen.

Es handelt sich dabei gar nicht einmal allein um Herrn Wenholtz, dessen Rücktritt wir nach Aufdeckung der letzten Verfehlungen als einzige Zeitung in Bremen sofort forderten, sondern auch um das von uns seit über einem Jahr bekämpfte Recht der Sparkasse, Bankgeschäfte zu machen. Von unserer Fraktion liegen entsprechende Vorschläge vor und wir werden nicht nachlassen an unserer Forderung, die Sparkasse wieder ihrem eigentlichen Aufgabebereich zuzuführen, weil wir überzeugt sind, daß nur so allein eine gesunde Fortentwicklung dieses Unternehmens möglich ist.

Für wichtiger noch als das, halten wir die Erkenntnis weiterer Kreise der bremischen Bevölkerung, daß man nicht einige Sparkassenbeamte einsperren kann, ohne die Direktoren verantwortlich zu machen und daß man nicht einige Direktoren entlassen kann, ohne die verantwortlichen Staatsstellen haltbar zu machen. Der bremische Staat, also der zurzeit amtierende Senat, trägt vor der Öffentlichkeit als Aufsichtsbehörde die Verantwortung für die Sparkasse, um so mehr, als durch unsere Veröffentlichungen er rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden war, welche Mißstände in der Sparkasse herrschen. Wenn der Senat jetzt von Herrn Wenholtz und Herrn Ruyter verlangt, daß sie die Konsequenzen ziehen, so scheint es uns in allererster Linie für recht und billig, daß der Senat die gleichen Konsequenzen zieht, nicht wegen einiger Unterschlagungen, sondern wegen der Tatsache, daß seine Regierungsmassnahmen und seine Aufsicht über ein gemeinnütziges Institut

schief waren und sich zum Schaden der bremischen Bevölkerung ausgewirkt haben.

Der Senat darf versichert sein, daß wir Nationalsozialisten mit der gleichen Unerbittlichkeit, mit der wir die falsche Zeitung der Sparkasse aus diesem Institut entfernt haben, mit dieser gleichen Konsequenz werden wir Tag für Tag an der Arbeit sein, die jeglichen Senatoren von ihrer Würde zu befreien.

Wir lassen in diesem Kampf uns nicht davon abschrecken, daß man durch kleinliche Maßnahmen, durch zu spät angelegte Presskonferenzen und durch scheinbar absichtlich falsch gegebene Auskünfte von Staatsräuben versucht, unsere Kritik zu den Vorgängen bei der Sparkasse auszuschalten. Vielleicht geht es jetzt doch diesem oder jenen der Herren Senatoren ein, daß nicht wir Nationalsozialisten Katastrophopolitik betrieben, wenn wir rechtzeitig die Wahrheit sagten, sondern, daß schließlich die Männer verantwortlich sind, die diese Wahrheit hören, sie aber nicht gebrauchen wollen.

*

Zur Aufsehung der beiden freigeordneten Sparkassendirektoren können wir, daß es richtiger und Vertrauen gewinnender gewesen wäre, diese Stellen öffentlich auszusprechen und unter Kontrolle der Finanzdeputation zu setzen. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit hierauf zurückzukommen.

Nicht unterlassen möchten wir, darauf hinzuweisen, daß der Verwaltungsrat der Sparkasse mehr als einmal unterliegen hat, daß er einstimmig die volle Verantwortung für alle Transaktionen der Sparkasse übernehmen sollte. Sollten der Sparkasse nicht nur aus den Unterschlagungen, sondern auch aus den von uns schon vor Monaten bekämpften Effektengeschäften, (joni durch die expansive Hypothekenspolitik weitere Verluste entstehen, die die Interessen der Sparer schädigen, müßten die Folgerungen aus

der einstimmigen Übernahme der Verantwortung für diese Geschäfte überprüft werden.

Zum Schluß ein Wort an den Politiker Wenholtz. Die bürgerliche Regierungspresse begrüßt es, daß uns Herr Wenholtz „mit seiner ausgleichenden Hand“ im Konventsaal der Bürgerschaft erhalten bleibt, wie wir glauben, nicht für sehr lange Zeit. Herr Wenholtz, dessen Fraktion nur noch ein zufälliges Scheindasein führt, ist bekannt dafür, daß er jeden wirtschaftlichen Zusammenbruch, jede falsche finanzpolitische oder sonstige Maßnahme solange mit schönen Worten umgibt, bis für die jumeist gutgläubigen Zuhörer das gewünschte rosa-roie Bild entstanden ist. So hat auch Herr Wenholtz, als wir ihn in einer der letzten Sitzungen wieder einmal eine Warnung zurufen, diese voller Enttäuschung zurückgewiesen und dann, um mit der „Befreiung“ zu sprechen, eine Rede gehalten, die mit zu den besten zählt, die jemals im Konventsaal gehört wurde. Das mag historisch auftreten, aber für ihn hat ein Mann gehalten, der zu den politisch am gründlichsten Klamierten gehört, die jemals im Konventsaal geredet haben.

So glauben wir auch, daß Herrn Wenholtz nicht mehr allzulange Gelegenheit haben wird für die Allgemeinheit ausgleichend tätig zu sein, zumal er sich dann schließlich nach einer Partei umsehen müßte, die noch Aussicht hat, in Bremen ein Mandat zu erringen. — art.

Die Thüringer Nationalsozialisten nehmen an den Haushaltsberatungen nicht teil.

Weimar, 28. April. Die Nationalsozialisten werden, da man den Aufstellungsantrag abgelehnt hat, an den Haushaltsberatungen im Thüringischen Landtag zunächst nicht teilnehmen. Sie wollten auch den Ausschussberatungen fernbleiben. Wenn sie zu den Verhandlungen wieder erscheinen werden, steht nach Auskunft der Fraktion noch nicht fest.

Für 60 000 Mark Goldbarren gestohlen.

In der Nacht zum Mittwoch wurde, wie erst jetzt bekannt wird, aus dem Sperrraum des polnischen Grenzbahnhofs Bentschen eine Kiste Gold entwendet, die aus Holland kam und für die polnische Staatsbank bestimmt war. Der Wert der gestohlenen Goldbarren beträgt 60 000 Mark. Der Tat verdächtig ist ein Zollbeamter und ein Eisenbahnarbeiter, die verhaftet wurden. Die gesamte Grenzpolizei und die Kriminalbeamten aus Polen wurden aufgeboten, um das Gold wieder herbeizuschaffen.

Meuterei französischer Artilleristen.

Paris, 29. April. Bei Artillerieübungen in Piedmont bei Rochefort kam es zu einer Meuterei von sechs Soldaten, die bereits mit strengen Disziplinarstrafen belegt worden waren. Nachdem sie den diensthabenden Offizier in grober Weise beschimpft hatten, führten sie sich auf die Soldaten, die zu ihrer Verhaftung kommandiert worden waren, und verletzten zwei von ihnen sehr schwer. Sie konnten schließlich überwältigt und in das Militärgefängnis eingeliefert werden.

Vielversprechende Gespräche Außenpolitische Erklärungen Brünnings in Genf

Genf, 28. April. Reichskanzler Brüning empfing am Donnerstagabend im Hotel Metropole die internationale Presse, der der Reichskanzler in deutscher Sprache folgende Erklärungen abgab:

Ich habe die Gelegenheit benutzt, nicht nur über die Abrüstungsfrage, sondern auch über eine Reihe anderer die Welt und uns bewegende Fragen eine große Anzahl von Gesprächen mit den Vertretern der übrigen Völker zu führen. Ich verspreche mir von solchen Gesprächen immer außerordentlich viel und auch diese Gespräche haben zweifellos das eine herbeigeführt, daß das Gelände für eine große Anzahl von Fragen insofern geklärt worden ist, als man die gegenseitige Stellungnahme schärfer und deutlicher erkennen konnte.

(Die Stellungnahme Frankreichs hätten wir dem Kanzler schneller sagen können.)

Das halte ich für wesentlich, um zu praktischen Lösungen und Erfolgen zu kommen.

Ich habe außerordentlich bedauert, daß der französische Ministerpräsident erkrankt ist und ich habe seinem Vertreter heute meine aufrichtigste Anteilnahme ausgesprochen. Aber ich habe keine Erkrankung auch bedauert, weil die in dieser Woche begonnenen Gespräche nicht mehr fortgesetzt werden können.

Die deutsche Stellung hat sich nicht geändert. Wir müssen vom deutschen Standpunkt aus an der Gleichberechtigung und an einer tatsächlichen Abrüstung unter allen Umständen festhalten. Darin ist sich das ganze deutsche Volk, wie groß auch immer die parteipolitischen Gegensätze sein mögen, völlig einig. Ich bin auch der Ansicht, daß man über diese Forderungen Deutschlands durchaus reden kann. — —

Neben schon, Herr Kanzler, aber Sie handeln nicht, und so wünscht das deutsche Volk, das sich über alle Gegensätze hinweg im Nationalsozialismus einigt, Ihren besten Wunschn.

Volk und Wirtschaft

Los von der Weltfinanz!

Keine weitere Verbindung mit dem zwischenstaatlichen Leihkapital auf dem Umweg über Frankreich!

„Die Börse reagiert schwach“ — so heißt es am Montag nach den Wahlen in fünf Schätzeln des Reiches, heißt es namentlich nach dem Sturz des Kabinetts Brünnemann-Wevering, von dem dieses Kabinett aus laienhaft das Feld seiner bisherigen Tätigkeit noch nicht geräumt hat. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß die Börse, auf die das rasende Leihkapital vorherging, stets den Versuch macht, nach Verheerungen nationalen Wollens sich pessimistisch zu gebärden, und gerade bei dieser Gelegenheit kann man so recht feststellen, wie wenig die Börse ein wirkliches Wirtschaftsbarmeter ist. Heute wird man über solche Erregungen sich noch leichter hinwegsetzen als ehe, denn heute hat die internationale Hochfinanz Schläge erlitten, die sie in ihrer Bedeutung außerordentlich stark herabdrücken, wenn man auch nicht verlernen darf, daß auch heute noch Staaten wie Frankreich diese Hochfinanz zu ihrer Dienerin zwecks Ausführung gefährlicher Experimente zu machen vermögen. Gegenwärtig vielleicht noch leichter als bisher.

Aber die Börse beginnt sich jetzt in zunehmendem Maße von der Weltfinanz zu lösen.

Diese Entwicklung hat schon auffallende Fortschritte gemacht. England hat sich bereits hinter ungeheure Zollmauern zurückgezogen. In dem letzten schmerzhaften Generaltarif tritt ein neuer Zuschlag von im Durchschnitt 10 Prozent. Nur für einige Warengruppen ist er auf 5 Prozent herabgesetzt worden, während allerlei Luxusartikel einen Zuschlag von 15 bis 20 Prozent, Selbstfabrikate aus Eisen und Stahl, Fahrräder und einige andere Waren einen Zuschlag von 33 1/2 Prozent erfahren. Weiter kommt infolge der Pfundentwertung an allen Stellen ein indirekter Wertzuwachs von 25 Prozent, wodurch letzten Endes die britische Wirtschaft einen Zoll von 45 und mehr Prozent des Wertes erhalten hat. Das ist aber vielleicht noch nicht alles, denn auf der Reichskonferenz von Ottawa wird wahrscheinlich noch eine weitere Zollerhöhung beschlossen werden. Es ist hier offenbar für die kommende Zeit eine Entwicklung vorgezeichnet, die so ziemlich alle Länder zu nehmen gezwungen sein werden. Man wird sich dabei zu helfen müssen, daß man die eigene Ausfuhr dadurch schützt und erhält, daß man von der Weltbegünstigung zum Grundlag des gesunden Auswandels übergeht. Dabei wird aber als Grundlage der Ausfuhr einer eigenen Nationalwirtschaft dienen müssen.

Allgemein erfolgt jetzt eine Lösung von der Weltfinanz. Die nationale Eigenwirtschaft tritt an die Stelle falscher Verbindungen, gefährlicher zwischenstaatlicher Bindungen, die in dem ausgebeuteten Deutschland ihre Verleumdung vornehmlich in den Händen der Marxisten fanden. Der Landwirtschaft, dem Gewerbe, dem Mittelstand wird in allererster Linie geholfen werden müssen, denn sie bilden den Grundstock für einen nationalen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Deutschland. Der Wille des deutschen Volkes erstreckt sich, das haben auch die letzten Landtagswahlen gezeigt, die nationale Volksgemeinschaft, die nationale Eigenwirtschaft.

„Die Börse reagiert schwach“ — wir werden deshalb nicht trauern, wir werden auch immer weiter fortgeschrittenen Zerlegung des zwischenstaatlichen Leihkapitals seine Träne nach.

Aber schon tritt man in gewissen Einkreisen dafür ein, daß eine deutsch-französische

Wirtschafts-Verständigung als „Gegenwärtigkeit“ gegen die britischen Zollbeschlüsse ins Leben gerufen werden soll. Wir wissen aus der Erfahrung, was sich hinter solchen Verständigungsphrasen verbirgt, wir wissen, was auf Verständigungen mit Frankreich hinauslaufen. Wir dürfen uns in keiner Weise noch weiter mit der zwischenstaatlichen Hochfinanz verbinden, auf dem Umweg über Frankreich am allerwenigsten! Dennoch wird man nur mit äußerster Sorge den gegenwärtigen und den kommenden internationalen Versprechungen entgegengehen müssen, bei denen man den Versuch macht und machen wird, uns noch weiter in den Netzen zu verstricken, aus denen das deutsche Volk endlich heraus will, um wieder frei atmen zu können.

So zeigen sich innenpolitisch wie außenpolitisch in wirtschaftlicher Hinsicht deutlich die Wege, die gegangen werden müssen. Bei den deutschen Länderwahlen ist auch das Rabinett Brünnemann unterlegen! Im Reich wird man deshalb ebenfalls diese neuen Wege beschreiten müssen, und man wird dabei darauf zu achten haben, daß nicht aus Neugier eine parlamentarische, pseudo-demokratische Epigonalität, vermittelt mit Koalitionsgeometrie und Parteiischdasein aus dem Weg ins Freie verdrängt.

Lausanner Konferenz und Donauplan

Die amtliche Einladung zu der Lausanner Tributkonferenz, die am 18. Juni beginnen soll, dürfte in den nächsten Tagen von der englischen Regierung aus den an der Tributfrage interessierten Mächten zugestellt werden. Als Grundlage der Konferenz

Warum ist Deutschland arm?

Ein Beitrag zur verfehlten Wirtschaftspolitik

Ein Staat kann reich sein, trotzdem seine Einwohner arm sind, nämlich dann, wenn mittels überhöhter Steuern den Einwohnern soviel abgenommen wird, daß die Regierung ihren geldlichen Verpflichtungen nachkommen kann. Das wird nur geschehen, wenn man bei den Einwohnern sich nicht auf Bekämpfung des Verdienstes beschränkt, sondern die Substanz angreift. Der Reichtum der Regierung wird also nur solange dauern, wie noch Substanz vorhanden ist.

Wird ein Staat wirklich reich sein, so müssen seine Einwohner reich sein, aber besser gesagt, gute Verdienste haben. Dann kann die Bekämpfung von den Lebensbedingungen, und es besteht nicht die Gefahr, daß die Steuerentlasten verfliegen. Um dies zu erreichen, sind zwei Dinge nötig: 1. Eine Finanzgesetzgebung, durch die die Substanz nicht angegriffen wird, sowie keine überhöhte Besteuerung lebensdienlicher bzw. betriebswichtiger Dinge. Es sei zu letzterem nur ein Beispiel angeführt: Anfolge der überhöhten Autozölle sind 60 Prozent aller Autos stillgelegt. Würde diese Steuer fallen und ließen die Autos, so hätte die Reparaturwerkstätten und die Zulieferungsunternehmen zu tun, und der Benzinhändler würde feigen. Was durch die Autozölle verloren geht, würde also doppelt und dreifach auf andere Weise wieder dem Staat zugeführt, so es würden sogar neue Autos gekauft werden. Der Autohändler und die Automobilfabriken

und ihrer Arbeit betrachtet man den Bericht der Baseler „Sachverständigen“ vom Dezember 1931 und das Londoner Kommuniqué vom Februar dieses Jahres. An beiden Stellen wird die Tributfrage im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise gestellt. Aber wenn dieser Zusammenhang auf der kommenden Konferenz auch nur in so vorläufigen Wendungen berührt wird, wie es jene Berichte taten, dann ist von der Konferenz nicht viel zu erhoffen. — Das beachtlichste Moment der kommenden Konferenz aber ist doch der Versuch, auch gleich die vielerörterte Frage einer Wirtschaftshilfe für die Donaufürstentümer mit in ihre Beratungen einzubringen. An sich ist es ein Krebsbühl aller Konferenzen der Nachkriegszeit gewesen, daß sie stets nur über Einzelfragen berieten und niemals die Gesamtheit aller offenen Fragen zur Erörterung stellten. Aber wir Deutschen haben unsere traurigen Erfahrungen mit den Konferenzen, auf denen Probleme gemeinsam behandelt wurden, deren Einzelberatung erfolglos geblieben war.

Denn just das waren die Gelegenheiten, wo Frankreich und seine Verbündeten politische Handelsgeschäfte erpresserischen Charakteres tätigten. Herrn Brünnemanns bisheriges Auftreten in Genf hat seinen Beweis dafür geliefert, daß er Geschäftigkeit genug besitzt, solchen Verträgen erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Entlassung der Reichsbank

Berlin, 27. April. Auch in der dritten Aprilwoche hat sich die Entlassung der Reichsbank weiter fortgesetzt. Die gesamte Kapitalanlage hat sich um 145,4 Millionen verringert, wobei allein 133,4 Millionen auf Wechsel entfallen. Der Notenumlauf ging um 125 Millionen auf 387,5 Millionen zurück. Gold und bedienungsfähige Devisen haben eine leichte Zunahme um 1,2 Millionen erfahren. Das Deckungsverhältnis stieg von 24,7 auf 25,5 vom Hundert.

Warum ist Deutschland arm?

Ein Beitrag zur verfehlten Wirtschaftspolitik

hätten Umsatz. — 2. Als zweites müßte der Staat ein Rechtsstaats sein. Denn ein Staat, in dem durch Rechtsverordnungen jederzeit Verträge gelöst werden können, kurzum in dem ein Recht besteht, das von dem allgemeinen in der Welt bestehenden Recht gänzlich abweicht, in dem also eine regelrechte Rechtsunsicherheit besteht, kann weder das Vertrauen der eigenen Einwohner noch das des Auslandes gewinnen. Diese Zustände haben wir jetzt in Deutschland. Infolge falscher Finanzgesetzgebung sind die Betriebe an sich zum Tode verurteilt. Wenn diese Tatsache schon dafür genügt, daß alle Geldgeber ihr Geld aus der deutschen Industrie und Wirtschaft herausziehen, so tut die Rechtsunsicherheit ein Abtrübs.

Wir erleben also heute in Deutschland ein Schamspiel, das geradezu grotesk ist: Wenn man sich nämlich einmal klar macht, daß die Grundvoraussetzung für eine gute Konjunktur der Bedarf ist, so muß man eingestehen, daß, wenn eine vernünftige Gesetzgebung vorhanden wäre, wir eine Konjunktur haben müßten, wie sie seit 1000 Jahren nicht mehr so günstig sein konnte. Denn der Bedarf ist heute in allen Zweigen der Industrie geradezu ungeheuerlich: Der Arbeiter hat fast keine Kleidung mehr, die Häuser sind so reparaturbedürftig wie noch nie, die Autos sind in schlechtem Zustande, irgendeinen Luxus kann sich kaum noch einer leisten. Kurzum, alles was nicht staatlich oder staatlich ist, befindet sich in einem verwerflichen Zustande. Soviel Arbeiter gibt es in Deutschland überhaupt nicht, als daß ihre Hände imstande wären, für die Deckung des Bedarfs auszureichen. Also: Bedarf in Höhe und Fülle! An der anderen Seite zahllose, ungenutzte Fabriken, deren Maschinen fort für den Bedarf in Tätigkeit gesetzt werden könnten, und dreihundert 700 000 Arbeitslose, die freudig alle Hände regen würden zu diesem Zwecke.

Und weshalb ist das alles nicht so? Weil wir eine falsche Finanzgesetzgebung haben, und weil große Rechtsunsicherheit besteht. Wer hat uns dahin gebracht? Das Heberwägen des Marxismus! Das „Konjunktur“ verschlang eine Unmenge Geld und andererseits forderte die Erfüllungspolitik ungeheure Summen. Um diese Summen auszubringen, mußte die Steuerlast überdreht werden und wurden rechtswidrige Verordnungen erlassen werden.

Deshalb ist es Zeit, daß das jetzige Regime befristet wird.

Dr. Anne.

Die Nazis erreichen nichts. . . ?

Kleine Wahlsplitter

Coburg

In Coburg (Stadt und Land) liegen wir seit 1928 von 890 auf 12195 Stimmen — ein schlagender Beweis dafür, daß das von allen Gegnern mit Dreck beworfene „Nazis Regiment“ das für ganz Deutschland vorbildlich ist, auch im Coburger Land selbst volle Anerkennung findet. Daran ändert auch nichts, daß sogar ein Führer der Deutschnationalen am Tage vor der Wahl natürlich in der „Coburger Zeitung“ denselben „Geist“ gegen uns verappte wie etwa das „Volksblatt“ oder die schwarze „Bayrische Staatszeitung“. Die Deutschnationalen haben beide Parteien gleichmäßig erhalten: trotz Stahlhelm- und Landbundhülle sanken die Deutschnationalen von 2500 auf 1800 Stimmen, die SPD verlor seit 1928 3200 Stimmen.

Hamburg

Zum ersten Male ist in Hamburg die marxistische Mehrheit gebrochen. Bisher vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten mehr Stimmen auf sich als die gesamt bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Demokraten und des Zentrums. Noch in der letzten Bürgerstahl fanden 81 Sozialdemokraten und Kommunisten 70 Abgeordnete des gesamten Bürgerums gegenüber. Das ist nun anders geworden. In der neugewählten Bürgerstahl ist die marxistische Fraktion beträchtlich in der Minderheit geblieben. Auf der linken Seite ist eine Verschiebung zugunsten der Sozialdemokraten eingetreten, die fast 12 000 Stimmen gewonnen, während die Kommunisten fast 50 000 Stimmen verloren. Den härtesten Stimmenzuwachs verlor die Nationalsozialistische Partei, die die Zahl ihrer Stimm auf 43 auf 61 erhöhte und damit die Sozialdemokraten überholte. Ohne Zweifel ist eine größere Anzahl bisheriger Wähler nach rechts abgewandert; denn die Verluste aller linken bürgerlichen Parteien wiegen die Gewinne von Staatspartei und vor allem der NSDAP nicht auf.

Reichsrat

Die Wahlen des letzten Sonntags werden nicht nur für die daran beteiligten Länder von großen politischen Folgen sein, sie werden auch im Reichsrat Veränderungen hervorrufen, die von weittragender Bedeutung sein können. Denn der Reichsrat ist ja die Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reiches. Er verkörpert die bundesstaatliche Form Deutschlands. Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfallen auf 700 000 Einwohner je eine Stimme, jedoch darf kein Land mehr als 24 Stimmen haben. Die Gesamtzahl der Stimmen im Reichsrat beträgt gegenwärtig 66. Davon kommen auf Preußen insgesamt 28 Stimmen, auf Bayern 11, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen und Hamburg je zwei. Die übrigen Länder, Mecklenburg, Schleswig, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Lübeck, Ostpreußen, Pommern, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe, haben je eine Stimme. Die 26 auf Preußen entfallenden Stimmen sind so verteilt, daß die eine Hälfte durch Mitglieder der preussischen Regierung, die andere Hälfte von den preussischen Provinzialparlamenten abgegeben wird. Wenn nun in den einzelnen Ländern eine andere Zusammensetzung der Regierung erfolgt und andere Bevollmächtigte zum Reichsrat ernannt werden, so ist es leicht möglich, daß im Reichsrat sich ganz andere Mehrheitsverhältnisse ergeben und daß die Reichsregierung vor neuen Schwierigkeiten gestellt wird.

Man dränge sich zur Kasse. . . !

Orden werden billiger — Wenigstens ein Erfolg der Preisreife

Am 1. Mai werden die Orden billiger. Das Preussische Staatsministerium, und zwar die Abteilungsstelle der Generalordens-Kommission hat bekannt gemacht, daß für Orden und Ehrenzeichen, soweit sie von den Verleihen oder deren Angehörigen käuflich erworben werden, vom 1. Mai ab bis auf weiteres folgende Preise zu entrichten sind:

Ein roter Adler-Orden 1. Klasse mit Eichenlaub	100 RM
Ein roter Adler-Orden 1. Klasse, er foliet nach	115 RM
Der Kronen-Orden 4. Klasse foliet nur noch	18 RM
und der Adler foliet den Inhabern des Hausordens von Hohenzollern nur noch	5 RM
Am billigsten ist das Allgemeine Ehrenzeichen, es foliet nur noch	2 RM

Das sind nun die schwarz-rotten Sorgen!

Was Hitler erreichte!

„Das Ende der Reparationen“ nennt ein Amerikaner das Ergebnis der Länderwahlen

Washington, 27. April. Im amerikanischen Kongreß ist der Ausgang der deutschen Wahlen Gegenstand lebhafter Erörterungen, besonders im Zusammenhang mit der Tributfrage. Der demokratische Abgeordnete Rainey erklärte, daß die deutsche Wahlresultate bedeute eine ernste Bedrohung für die ganze Welt, so daß Amerika daran direkt interessiert sei. Es bewiese ferner, daß Hindenburgs Persönlichkeit bei den Reichspräsidentenwahlen ausgleichend war. Das deutsche Volk habe am Sonntag seine wahren Gefühle zum Ausdruck gebracht. Eines sei sicher: Das Wahlresultat bedeute das Ende der Reparationen.

Ich kann nicht sehen, wie Deutschland in den nächsten Jahren Zahlungen leisten soll, ganz gleich, ob Hindenburg oder Hitler regiert

Die deutsche Wirtschaftslage sei die Hauptursache der nationalsozialistischen Erfolge (?). Der demokratische Abgeordnete Rainey erklärte, daß die deutsche Wahlresultate bedeute eine ernste Bedrohung für die ganze Welt, so daß Amerika daran direkt interessiert sei. Es bewiese ferner, daß Hindenburgs Persönlichkeit bei den Reichspräsidentenwahlen ausgleichend war. Das deutsche Volk habe am Sonntag seine wahren Gefühle zum Ausdruck gebracht. Eines sei sicher: Das Wahlresultat bedeute das Ende der Reparationen.

Diese Äußerungen von nordamerikanischer Seite bestätigen das, was Adolf Hitler seit Jahren unermüdlich predigte, daß nämlich nur eine geschlossene Widerstandfront des ganzen deutschen Volkes die Vorbedingung und Garantie für außenpolitische Erfolge darstellt.

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 29. April 1932 • Nummer 88

Unsere Parole:

Jeder wirbt einen neuen
Bezieher für die B. N. Z.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pf. Belegpreis. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltenen mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Tertiel RM 0.50, auswärts RM 0.70 Stellengruppe RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06 Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Der Senat hat versagt

daher Auflösung der Bürgerschaft, Neuwahlen und Umbildung der Regierung!

Die Aufsichtspflicht des Staates

Wer trägt die bei der Sparkasse entstandenen Verluste?

Wie wir gestern schon mitteilten, sind die Sparkassendirektoren Ruyter und Wenhold ihrer Posten enthoben worden. Zwei neue Direktoren sind sofort ernannt und man glaubt, mit einigen belanglosen Worten in der Regierungspresse, mit einer großen Portion Weisheit und nur sehr wenig Selbstkritik, vor allem aber unter Ausnutzung des in Bremen so hoch im Kurs stehenden weiten Mantels bremischer Mächtigkeits, die manchen, politische Stellung der verantwortlichen Männer in Regierung, Bürgerschaft und Sparkasse für längere Zeit gerettet zu haben.

Wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern nur gegen ihre politische und wirtschaftliche Stellung, die sie zum Schaden der Allgemeinheit eingenommen haben oder noch einzunehmen. So sind uns der Privatmann Wenhold und der Privatmann Ruyter aus weiterhin gleichgültig. Aber nicht gleichgültig ist uns, daß wir uns Monate hindurch haben beschimpfen oder verächtlich behandeln lassen müssen, nur weil wir ein gutes halbes Jahr vorher die Forderungen und Grundgesetze aufstellten, die sie heute z. B. die „Weber-Zeitung“ oder der Verwalterrat der Sparkasse zu eigen macht. Gerade in den wirtschaftlichen Kreisen Bremens hat man sich entsetzt über die Haltung der SEDP-Fraktion und unserer Zeitung in Fragen der Sparkasse. Rund eine Million Reichsmark wäre u. a. den bremischen Sparen erhalten geblieben, wenn man sich, statt sich zu entziehen, dazu bereit gefunden hätte, unsere begründeten Forderungen zu prüfen und anzunehmen.

Nur selten ist es einer politischen Partei oder Zeitung möglich, einen so überzeugenden Nachweis für die Richtigkeit ihrer Stellungnahme zu führen, wie bei uns in diesem Falle. Im September 1931, in unserer Nummer 94, schrieben wir folgenden Satz:

Herr Wenhold als verantwortlicher Finanzmann kann nicht Herrn Wenhold als verantwortlichen Sparkassendirektor kontrollieren. Diese Verquickung muß bei einer politischen Verleumdung des Finanzmannes Wenhold — und diese ist in hohem Maße vorhanden — das Vertrauen zu dem Sparkassendirektor Wenhold gefährden.

In der Entlassungsbefehlsung des Herrn Wenhold heißt es wörtlich:

„... daß eine intensive öffentliche Betätigung mit der namentlich in der jetzigen Zeit unbedingt notwendigen Bereitstellung seiner ganzen Kraft für die Sparkasse schwer vereinbar ist. Es komme hinzu, daß die Leitung eines gemeinnützigen, allen Schichten der Bevölkerung dienenden Instituts durch eine im politischen Leben stehende Persönlichkeit in Zeiten politischer Hochspannung der Entlohnung der Sparkasse hinderlich sein würde. Bei dieser Sachlage halte er es im Interesse der Sparkasse für geboten, sein Amt als Direktor zur Verfügung zu stellen.“

Wir stellen nur fest, daß die Sparkasse und damit die Öffentlichkeit nicht nur vor einem großen Verlust durch einen völlig verrotteten Mann, sondern auch vor der Effektentwertung, sondern auch vor den sonstigen uns durchaus bekannten Verlusten bewahrt geblieben wäre, wenn man im September 1931 unsere Anregung befolgt hätte.

Statt dessen bezeichnen man uns als ein Hebel und als wir im Februar dieses Jahres erneut auf die außerordentliche Bedenkllichkeit der Tätigkeit des früheren Sparkassendirektors Wenhold hinwiesen, verbot man die Zeitung auf vier Wochen.

Es handelt sich dabei gar nicht einmal allein um Herrn Wenhold, dessen Rücktritt wir nach Aufhebung der letzten Verfassungen als einzige Zeitung in Bremen sofort forderten, sondern auch um das von uns seit über einem Jahr bekämpfte Recht der Sparkasse, Bankgeschäfte zu machen. Von unserer Fraktion liegen entsprechende Anträge vor und wir werden nicht nachlassen an unserer Forderung, die Sparkasse wieder ihrem eigentlichen Aufgabebereich zuzuführen, weil wir überzeugt sind, daß nur so allein eine gesunde Fortentwicklung dieses Unternehmens möglich ist.

Für wichtiger noch als das, halten wir die Erkenntnis weiterer Kreise der bremischen Bevölkerung, daß man nicht einige Sparkassenbeamte einsperren kann, ohne die Direktoren verantwortlich zu machen und daß man nicht einige Direktoren entlassen kann, ohne die verantwortlichen Staatsstellen haltbar zu machen. Der bremische Staat, also der zurzeit amtierende Senat, trägt vor der Öffentlichkeit als Aufsichtsschöbe die Verantwortung für die Sparkasse, um so mehr, als durch unsere Veröffentlichungen er rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden war, welche Mißstände in der Sparkasse herrschen. Wenn der Senat jetzt von Herrn Wenhold und Herrn Ruyter verlangt, daß sie die Konsequenzen ziehen, so scheint es uns in allererster Linie für recht und billig, daß der Senat die gleichen Konsequenzen zieht, nicht wegen einiger Unterschlagungen, sondern wegen der Tatsache, daß seine Regierungsmassnahmen und seine Aufsicht über ein gemeinnütziges Institut

falsch waren und sich zum Schaden der bremischen Bevölkerung ausgewirkt haben.

Der Senat darf versichert sein, daß wir Nationalsozialisten mit der gleichen Unerbittlichkeit, mit der wir die falsche Zeitung der Sparkasse aus diesem Institut entfernt haben, mit dieser gleichen Konsequenz werden wir Tag für Tag an der Arbeit sein, die jetzigen Senatoren vor ihrer Bürde zu befreien.

Wir lassen in diesem Kampf uns nicht davon abführen, daß man durch kleine Maßnahmen, durch zu spät angelegte Pressekonferenzen und durch scheinbar abfällige falsch gegebene Äußerungen von Staatsräuben versucht, unsere Kritik zu den Vorgängen bei der Sparkasse auszuschalten. Vielmehr geht es jetzt doch darum, ob jenen der Herren Senatoren ein, daß nicht wir Nationalsozialisten Katastrophenspolitik betrieben, wenn wir rechtzeitig die Wahrheit sagten, sondern, daß schließlich die Männer verantwortlich sind, die diese Wahrheit hören, sie aber nicht gebrauchen wollen.

*

Zur Reuebeziehung der beiden freigeordneten Sparkassendirektorenstellen bemerken wir, daß es richtig und Vertrauen gewinnender gewesen wäre, diese Stellen öffentlich auszuschreiben und unter Kontrolle der Finanzdeputation zu belegen. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit hierauf zurückzukommen.

Nicht unterlassen möchten wir, darauf hinzuweisen, daß der Verwalterrat der Sparkasse mehr als einmal unterförmig hat, daß er einseitig die volle Verantwortung für alle Transaktionen der Sparkasse übernehmen könne. Sollten der Sparkasse nicht nur aus den Unterschlagungen, sondern auch aus den von uns schon vor Monaten bekämpften Effektengeschäften, sowie durch die expansive Hypothekenspolitik weitere Verluste entstehen, die die Interessen der Sparer schädigen, müßten die Folgerungen aus

der einstimmigen Übernahme der Verantwortung für diese Geschäfte überprüft werden.

Zum Schluß ein Wort an den Politiker Wenhold. Die bürgerliche Regierungspresse begrüßt es, daß uns Herr Wenhold „mit seiner ausgleichenden Hand“ im Konventsaal der Bürgerschaft erhalten bleibt, wie wir glauben, nicht für sehr lange Zeit. Herr Wenhold, dessen Fraktion nur noch ein zufälliges Scheindasein führt, ist bekannt dafür, daß er jeden wirtschaftlichen Zusammenbruch, jede falsche finanzpolitische oder sonstige Maßnahme solange mit schönen Worten umgibt, bis für die zumeist gutgläubigen Zuhörer das gewöhnliche rote-rote Bild entstanden ist. So hat auch Herr Wenhold, als wir ihm in einer der letzten Sitzungen wieder einmal eine Warnung gaben, diese volle Gefährdung zurückgewiesen und dann, um mit der „Weber-Zeitung“ zu brechen, eine Rede gehalten, die mit zu den besten zählt, die jemals im Konventsaal gehört wurde. Das mag rhetorisch auftreten, aber sie ist von einem Mann gehalten worden, der zu den politisch am gründlichsten Klarierten gehört, die jemals im Konventsaal gesehen haben.

So glauben wir auch, daß Herrn Wenhold nicht mehr allzulange Gelegenheit haben wird für die Allgemeinheit ausgleichend tätig zu sein, zumal er sich dann schließlich nach einer Partei umsehen müßte, die noch Aussicht hat, in Bremen ein Mandat zu erringen. — art.

Die Thüringer Nationalsozialisten nehmen an den Haushaltsberatungen nicht teil.

Weimar, 28. April. Die Nationalsozialisten werden, da man den Aufstellungsantrag abgelehnt hat, an den Haushaltsberatungen in Thüringens Landtag zunächst nicht teilnehmen. Sie wollen auch den Ausschussberatungen fernbleiben. Wenn sie zu den Verhandlungen wieder erscheinen werden, steht nach Ansicht der Fraktion noch nicht fest.

Für 60 000 Mark Goldbarren gestohlen.

In der Nacht zum Mittwoch wurde, wie erst jetzt bekannt wird, aus dem Sperrraum des polnischen Grenzbahnhofs Bentzen eine Kiste Gold entwendet, die aus Holland kam und für die polnische Staatsbank bestimmt war. Der Wert der gestohlenen Goldschatung beträgt 60 000 Mark. Der Tat verdächtig sind ein Zollbeamter und ein Eisenbahnarbeiter, die verhaftet wurden. Die gesamte Grenzpolizei und die Kriminalbeamten aus Polen wurden aufgeboten, um das Gold wieder herbeizufischen.

Meuterei französischer Artilleristen.

Paris, 29. April. Bei Artillerieübungen in Piedmont bei Rochefort kam es zu einer Meuterei von sechs Soldaten, die bereits mit strengen Disziplinarstrafen belegt worden waren. Nachdem sie den diensthabenden Offizier in grober Weise beschimpft hatten, führten sie sich auf die Soldaten, die zu ihrer Verhaftung kommandiert worden waren, und verletzten zwei von ihnen sehr schwer. Sie konnten schließlich durch Wäpung und in das Militärgefängnis eingeliefert werden.

Vielversprechende Gespräche Außenpolitische Erklärungen Brünings in Genf

Genf, 28. April. Reichszkanzler Brüning empfing am Donnerstagabend im Hotel Metropole die internationale Presse, der der Reichszkanzler in deutscher Sprache folgende Erklärungen abgab:

Ich habe die Gelegenheit bemerkt, nicht nur über die Abrüstungsfrage, sondern auch über eine Reihe anderer die Welt und uns bewegende Fragen eine große Anzahl von Gesprächen mit den Vertretern der übrigen Länder zu führen. Ich verweise mir von solchen Gesprächen immer außerordentlich viel und auch diese Gespräche haben zweifellos das eine herbeigeführt, daß das Geschehen für eine große Anzahl von Fragen insofern geklärt worden ist, als man die gegenseitige Stellungnahme scharf und deutlich erkennen konnte.

(Die Stellungnahme Frankreichs hätten wir dem Kanzler schneller sagen können.) Das halte ich für wesentlich, um zu praktischen Lösungen und Erlösungen zu kommen.

Ich habe außerordentlich bedauert, daß der französische Ministerpräsident erkrankt ist und ich habe seinem Vertreter heute meine aufrichtigste Anteilnahme ausgesprochen. Aber ich habe seine Erkrankung auch bedauert, weil die in dieser Woche begonnenen Gespräche nicht mehr fortgesetzt werden können.

Die deutsche Stellung hat sich nicht geändert. Wir müssen vom deutschen Standpunkt aus an der Gleichberechtigung und an einer tatsächlichen Abrüstung unter allen Umständen festhalten. Darin ist sich das ganze deutsche Volk, wie groß auch immer die parteipolitischen Gegensätze sein mögen, völlig einig. Ich bin auch der Ansicht, daß man über diese Forderungen Deutschlands durchaus reden kann.

Neben schon, Herr Kanzler, aber Sie handeln nicht, und so wünscht das deutsche Volk, das sich über alle Gegensätze hinweg im Nationalsozialismus ein, Ihren bescheidenen Schritt.

Hitler und Südtirol

Ein Gerichtsverteil.

Kürzlich verurteilte das Landgericht in Wien den Südtiroler Parteiführer Dr. Josef Wels in einem Verleumdungsprozess gegen den Hrn. Dr. Josef Wels, in dessen Begründung es u. a. heißt:

„Das Beweisverfahren hat ferner mit Einbezug ergeben, daß Adolf Hitler Südtirol nicht verraten hat, daß von einem Verrat Hitlers nicht gesprochen werden kann und daß die Behauptung vom Verrat Hitlers an Südtirol ein glatter Unfug ist.“

SA-Mann von Zentrumsanhängern ermordet

Im Oldenburger Lande hat der erste Nationalsozialist, von politischen Gegnern getötet, sein Leben für seine Idee hingeben müssen. Es ist in traurigster Weise bezeugend für die politische Verrobbung und für das aller Kultur hohnsprechende Kesseltreiben gegen den Nationalsozialismus, daß dieses Todesopfer nicht auf das Schuldbuch des Marxismus, sondern auf das von Zentrumsanhängern erfüllt. Zugelassen hat sich dieser grauenvolle Fall im Ammerlande, wo fernhafte, bedächtige niederländische Bauern zuhause sind. Das betagene, erkrankte Opfer ist ein SA-Mann L. aus Harlebrügge bei Bielefeld. Er wurde im Verlauf einer Auseinandersetzung im Reichspräsidentenwahlkampf von Zentrumsanhängern so furchtbar zugerichtet, daß er jetzt in einem Oldenburger Krankenhaus seinen Verletzungen erliegen ist. Sein geschwächter Zustand ließ eine Operation nicht mehr zu. Wird sein Tod nun denen eine Mahnung sein, die die Religion dazu mißbrauchen, eine Politik zu treiben und zu verteidigen, die alle, auch unsere katholischen Volksgenossen in Not, Elend und Knechtschaft führt? Er wird indes nicht umsonst gewesen sein, wenn diese unsere Volksgenossen erkennen, wie unselig und zutiefst unchristlich jene heuchlerische Verquickung von Religion und Parteipolitik ist.

Schießerei in Halle

Bei dem Versuch einer Ermittlung am Stadtweg, der vorwiegend von Kommunisten bewohnt ist, kam es am Donnerstag zu schweren Ausschreitungen. Bereits um 10 Uhr hatte die Polizei umfangreiche Absperungen vorgenommen. Als gegen 11 Uhr ein Möbelwagen erschien, um die Möbel des Ermittelten abzuholen, wurde der Kutscher mit Steinen beworfen und verletzt. Aus den Fenstern der Nachbarhäuser wurden Pfeife und Bursche laut, so daß die Polizei zur Schließung der Fenster aufgefordert. Als dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, gab die Polizei Schreckschüsse ab, die mit scharfen Schüssen beantwortet wurden. Die Polizei eröffnete daraufhin das Feuer gegen die Fenster und drang in die Wohnungen ein. Ein dreißigjähriger Mann wurde verwundet.

Einberufung der neuen Bürgerstadt zum 11. Mai
Hamburg, 28. April. Wie das „Hamburger Echo“ hört, hat der Senat die Pflicht, die neu gewählte Hamburger Bürgerstadt zum 11. Mai zur ersten konstituierenden Sitzung einzuberufen. Bis zu diesem Tage werde die alte Bürgerstadt im Amt bleiben.

Zweierlei Maß

50 Reichsmark Geldstrafe für pazifistischen Schmiefuß.

Paragraf 5 des sogenannten Republik-Schutzgesetzes errichtet auf die Mitglieder von Weimar einen Zügelgürtel von 3 Monaten; eine Notverordnung vom 8. Dezbr. 31. erweitert den Bau auch für die Bonzen. Das System und seine Gleichgültigkeit stehen danach im Paragrafenrecht hoch im Kurs. Im auffallenden Gegensatz dazu tritt der Freibrief über die Wildheute, mit der Verleumdung des Volkes und seiner heiligen Wälder, der Kirche, der Wehrmacht usw., angefaßt werden. So wurde kürzlich ein pazifistischer „Schmierfuss“, der in seinem Zübelblatt einen Artikel „Vorbelästigung“ veröffentlicht hatte, in dem schwere Verleumdungen der Reichsgenossen enthalten waren zu einer Geldstrafe (1) von 50 RM. (2) verurteilt. Keine Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg ermöglicht den Richtern, einen solchen Schmierfuss exemplarisch zu bestrafen. 3 Monate Gefängnis oder erhielt, wer einen sozialdemokratischen Parlamentarier seine Freundschaft zu Barmat und anderen Parasiten unter die Nase reibt.

Das Wahlergebnis und die Juden

Man geht wohl nicht fehl, wenn man als die ureigentliche Partei der Juden nach der ewigen Propaganda des Juden Wolff vom Berliner Tageblatt die Staatspartei ansieht.

Die Partei hat insgesamt 480.000 Wähler auf sich bei den letzten Wahlen vereint. Bricht man rund die Hälfte davon ab —

Der „Ueberfall“ auf Wels

Ein nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter zu Unrecht verhaftet und schwer mißhandelt

Köln, 28. April.

Zu der Provokation des SPD-Führers Wels in einem Kölner Lokal, über der es zu einer Schlägerei zwischen prominenten Marxisten und unseren Parteigenossen kam, wird festgestellt:

Nachdem Genosse Wels in Köln gesprochen hatte, ging er in Begleitung seines Parteigenossen Baunack, des Kölner Polizeipräsidenten, und eines Juden namens Bier in die Lokalitäten des Hotels Deis. Hier sprachen sie dem Alkohol flolz zu und waren anscheinend schon betrunken, als unser Pp. Dr. Ley, M. d. R., mit einigen bekannten Familien das Lokal betrat. Als diese Parteigenossen sich nach Eintritt der Polizeistunde von Pp. Dr. Ley verabschieden wollten und dabei mit „Heil Hitler“ grüßten, stürzte plötzlich hinter einer Säule der sozialdemokratische Parteivorsteher Wels hervor und schrie mit freudigem Gesicht: „Wem gilt das? Wollen Sie mich provozieren?“ Dabei suchte er mit beiden Händen dem Pp. Dr. Ley vor dem Gesicht herum. Im selben Augenblick versetzte der Kölner Polizeipräsident Baunack einem unserer Parteigenossen einen Stoß, so daß er zur Seite flog. Die Nationalsozialisten setzten sich selbstverständlich zur Wehr, und es entspann sich eine Schlägerei, die durch das Eingreifen der Polizei beendet wurde. Die Polizei selbst mußte feststellen, daß Wels und Baunack sich nicht in der Nähe ihres Trichtes befanden, sondern am Tisch der Nationalsozialisten, wo sie sicherlich nichts zu suchen hatten. Baunack wuschte sich mit einem Taschentuch im Gesicht herum und erklärte, man hätte ihn mit einer vollen Bierflasche auf den Kopf geschlagen.

Sobiel Nichtjuden, Pazifisten, Unbesetzte dürfte sie vielleicht in diesem Jahr des Heils hinübergerettet haben — so bleibt bestenfalls ein Viertel Million Unterthanen zionistischer Landadels übrig. Da zweifelsohne die Kinder Israels mit Mann und Maus angeführt der notwendigen „Retung“ zur Wahrnehmung geschritten sind, bleibt die große Frage offen:

Wo sind die übrigen, vielen hunderttausend jüdischen Stimmen bei den letzten Wahlen gelangt?

Eine Frage, auf die es nur eine Antwort gibt — bei der SPD!

Und bitte: bringt man diese Hunderttausende von dem ohnehin gewaltigen Schwund der roten Heerscharen noch in Wlzug, dann ergibt sich zweierlei. Erstens, daß die sozialdemokratische Partei weit mehr zusammengehauen ist, als die bekannten Zahlen es zum Ausdruck bringen, und zum anderen, daß der sozialdemokratische Arbeiter gerade heute sich noch weit mehr in feindlicher Gesellschaft befindet, als es bereits bislang der Fall war.

Eine genaue Feststellung gerade dieser Zahlen wäre demnach von ungeheurer Aufschluß für die Teile der Arbeiter, die bisher „ihre“ Partei immer noch die Treue halten zu müssen glaubten! Es gibt keinen Arbeiter in Deutschland, dem es ein besonderes Vergnügen wäre, mit Semiten, ganz gleich, welchen Schlags, an einem gemeinsamen Tisch zu sitzen.

Sollte es also nicht endlich möglich sein, ihn endgültig von der politischen Tischgesellschaft mit jüdischen Platzhirschen abzutrennen?

Die Wahlen in Bozenburg

Kommunistische Gefahr beseitigt. 100prozentiger Gewinn der NSDAP.

In Bozenburg (Medb.), wo gegen Ende vorigen Jahres der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Alexander zum Bürgermeister gewählt worden war, fand am Sonntag die Wahl zum Stadtparlament statt. Die Wahlen zeigten eindeutig, daß es nach Jahresfrist hier mit der kommunistischen Herrschaft zu Ende ist. Es erhielten:

Nationalsozialisten sechs Sitze, Sozialdemokraten vier, Kommunisten drei (1) und Bürgerliche Liste zwei.

Die Nationalsozialisten konnten ihre Stimmenzahl in Jahresfrist verdoppeln.

Die SPD. auf Gimpelfang

Der Ausgang der letzten Wahlen hat die Stimmung im Volkshaus noch nervöser als bisher werden lassen. Um nun den Parteiführern wieder aufzumischen, will man in den Privatbetrieben, auf eine besondere Art für die SPD. werden und gegen die Nazis gehen. Unter dem Deckmantel der Gewerkschaftsarbeit sollen die Mitglieder des marxistischen Zentralverbandes der Angestellten (ZMA.) für die SPD. agitieren.

Zur selben Zeit befand sich auf keinem Tisch im Lokal mehr eine Flasche. Die nationalsozialistische Tischgesellschaft wurde aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Pp. Dr. Ley und unser Berichterstatter gingen freiwillig mit, weil sie für ihre Parteigenossen zeugen wollten.

Auf der Wache erklärte Polizeihauptmann Eiser, ein bekannter Kölner Reichsbannermann, der plötzlich mit Baunack nachgekommen war, sämtliche Nationalsozialisten für verhaftet. Baunack selbst ließ eine wahre Zeit von unflätigen Schimpfworten los. Einmal stand die ganze Zeit der Nationalsozialisten, sie mühten in das Parteipressidium eingeliefert werden. Pp. Dr. Ley erwiderte, daß er zwar als Zeuge mitgekommen sei, daß er aber nicht daran denke, sich einsperren zu lassen. Die anwesenden Polizeibeamten haben sich dabei sehr korrekt benommen. Wächtig kürzten jedoch andere Beamten herein. Einer davon warf unseren Pp. Dr. Ley zu Boden und stieß ihn mit dem Kopf mehrmals gegen einen schweren Schrank. Die Parteigenossen, die Dr. Ley aufheben wollten, wurde von den Beamten ebenfalls geschlagen. Dr. Ley wurde in Einzelhaft genommen und in einen Hofkeller gesperrt. Auch hier wurde er noch mißhandelt. Die Spuren davon sind heute noch seiner Freilassung noch sichtbar. Auch die übrigen Gefangenen wurden in einem Hofkellerabteilungsraum eingesperrt. Als man sie zur Gegenüberstellung mit dem hiesigen grinsenden Sozialdemokraten Wels führte, wurden sie mit einer Handkette gefesselt.

Als aktive Förderer dieser Bauernfangmethode möchten wir aus dem Bericht der Volkszeitung über die erste Zusammenkunft der maßgeblichen Genossen für diese Angelegenheit die Marxisten Schindelfauer und Stühler als „verdiente Angefallenenvertreter“ besonders nennen. — Schindelfauer ist als stellvertretender Vorsitzender der Angefallenen-Kommission immer noch zu Linienzeitung. Die Kammer hat weiter unter ihm noch unter dem jetzigen Vorsitzenden, dem Staatspartei-Lager, nennenswerte Erfolge für die bremsenden Angefallenen erzielt, unterhält aber dabei auf Kosten der beitragszahlenden Angefallenen neben anderem Personal 3 Stühler, von denen zwei, die Genossen Dr. Hammerlag und Meyer, Marxisten sind. Man sieht, die Genossen jagen füreinander! Stühler hat ebenso wie der oben genannte Lager den Hungerlohnvertrag mit den jüdischen Warenhändlern unterzeichnet, was allerdings bei den bekannten Beziehungen der Volkszeitung zu den Warenhändlern (Karstadt-Gebrüder) vielleicht erklärlich ist.

Die bremsenden Angefallenen wissen, wie sie auf die Gimpelfangmethoden der SPD. und des ZMA. zu antworten haben. Gegen Bongsentum und Judenbürgerschaft für Adolf Hitler und ein sauberes Bremen!

Französisches Militärflugzeug über deutschem Gebiet

Trier, 27. April. Am Mittwoch mittag überflog wiederum ein französisches Militärflugzeug die deutsch-französische Grenze an der Diermolen bei Perl. Es handelte sich diesmal um einen Doppeldecker, der nach der Driftzeit Richtung zu flog, wo am Montag ein französisches Militärflugzeug niedergegangen war.

Über der dortigen Gegend kreuzte der französische Pilot, auf dessen Tragflächen die Trikolore deutlich zu erkennen war, etwa fünf bis acht Minuten. Anschließend verschwand das Flugzeug über die Grenze.

Kleine Politik

Ausgeglichener Haushalt in Neustrelitz.

Neustrelitz, 28. April. Die aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen bestehende Regierung hat am Mittwoch den Entwurf des ordentlichen Haushaltsplans 1932-33 für Mecklenburg-Strelitz vorgelegt. Ein außerordentlicher Etat ist in dem Haushaltsentwurf nicht vorgesehen. Der neue Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 12.806.327 RM. ab. Der ausgeglichene Haushalt war nur durch starke Drohungen zu ermöglichen. Vermerkt wird, daß das Mecklenburg-Strelitz Landes-Theater seinen Spielbetrieb vollständig einstellen wird. Auch der „Wohnungsbauplan“ von 346.000 RM. auf 180.000 RM. gekürzt worden. Staatswirtschaftlich betrachtet, ist die Regierung bei der Aus-

arbeitung des Haushalts von dem „Grundfah ausgegangen, unter allen Umständen die Verschuldungspolitik der letzten Jahre durch radikale Maßnahmen auf dem Gebiet der Ausgabenreduktion zu befeitigen, um nach Möglichkeit die Selbständigkeit des Landes zu sichern.

Brüning Sonnabend wieder in Berlin?

Es ist damit zu rechnen, daß der Reichskanzler am Sonnabend wieder in Berlin sein wird.

Gesetz reist nach Genf.

Der deutsche Volschaffer von Gesetz reiste am Donnerstag nach Genf, wo er mit Reichskanzler Brüning eine Aussprache hat.

Ueberheblichkeit der Unentwegten.

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei kam bei der Aussprache über den Ausgang der Länderwahlen zum Ausdruck, daß die Partei ihre zukünftige Haltung zum Kabinett Brüning vorläufig nicht zu ändern brauche. Allerdings würden die Führer der Partei dem Reichskanzler in der nächsten Woche ihre Forderungen auf beschleunigte Maßnahmen für den inneren Aufbau der deutschen Wirtschaft unterbreiten.

Mißtrauensantrag gegen die lippsche Regierung abgelehnt.

Donnerstag vormittag wurde im Lippschen Landtag der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung abgelehnt. Für den Mißtrauensantrag stimmten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, das Landvolk und die Wirtschaftspartei. Die DVP. enthielt sich der Stimme.

Veränderung der Invalidenversicherung nur auf parlamentarischen Wege.

In einem Teil der Presse ist von einer bevorstehenden Notverordnung über eine Veränderung der Invalidenversicherung die Rede gewesen. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist beabsichtigt, die Angelegenheit auf parlamentarischen Wege zu regeln. Derzeit in Vorbereitung der förmlichen Gesetzesentwurf über Veränderung der Invalidenversicherung wird also sowohl dem Reichstag als auch dem Reichsrat zugeleitet werden.

Erheblicher Fehlbetrag in der Invalidenversicherung.

Berlin, 27. April. Der Unterausgleich des Reichstagsausgleichs für sozialpolitische Angelegenheiten hat sich am Mittwoch über die Lage der Invalidenversicherung ausgesprochen. Es ist dabei die schwierige Vermögenslage dieses Versicherungszweiges erörtert worden. Aus den Mitteilungen der Regierung ergab sich, daß bei der Invalidenversicherung mit einem erheblichen Fehlbetrag zu rechnen ist.

Tarifs- und Lohnneigung im rheinischen Braunkohlenrevier.

Für das rheinische Braunkohlenrevier trafen die Parteien eine Vereinbarung, wonach der bisherige Rahmentarif mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen über die Erneuerung desselben bis Ende April nicht abgeschlossen werden können, vom 4. bis 20. Mai verlängert wird. Gleichzeitig bleibt die am 31. Januar 1932 geltende Lohn- und Preisliste, die einen Spitzenlöhndebito von 90 Pfennig vorsieht, über den 1. Mai hinaus weiter in Kraft mit einmonatiger Kündigungsfrist.

Reichsbankdiskont 5 v. H.

Berlin, 27. April. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 28. April den Reichsbankdiskont um 1/2 v. H. auf 5 v. H. und den Lombardfuß um 1/2 v. H. auf 6 v. H. ermäßigt.

Privatdiskont um 1/8 v. H. gesenkt.

Der Privatdiskont wurde heute bei stärkerer Nachfrage um 1/8 auf 4 1/8 v. H. ermäßigt.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmaligem Putzen mit der herrlich erfrischenden „Schönheits-Zahnpasta“, lächelt uns ein Raucher. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Versand überzogen.

Neue amerikanische Zölle?

Der Finanzauschuß des Senats hat sich bei der Beratung der Steuerentwürfe zum Ausglick des Staatshaushalts für Zölle auf Del, Kupfer und Kohle ausgesprochen. Die Befürworter des Schutzollens haben damit einen wichtigen Sieg errungen. Der Beschluß, der von demokratischen Stimmen getragen wurde, wird bei der Senatserberatung der Steuerentwürfe in der kommenden Woche eine bedeutende Rolle spielen.

„Kultur“ der Eisernen Front

Im „Querschnitt“ veröffentlichte Karl Sternheim folgendes „anschauliche“ Gedichtchen:

„Ich hab' meinen Vater im Bade gesehen,
Ein fettiger, leerer Schlauch.
Ach nee, Papachen ist gar nicht schön
Mit rotem Fetz auf dem Bauch.
Es roch nach Schweiß und nach
Lysolform.
Im Wasserglas lag sein Gebiß.
Ich spürte in meinen Gliedern enorm
Die erbliche Syphilis. (!!)
Der Naden ist fest und die Füße sind
platt (!),
Der Schädel rundlich und klein,
Sein fures Auge rief blöde und matt:
Kommi, schlag mir die Hirnschale ein!
Ich schlachte im Walde, von Braunen
gepakt,
Die Häute ins Erdreich gekratzt.
Das Leben hat sich rucklos und nackt
In früher Erkenntnis gebatzt.“

Der „Querschnitt“ erscheint im „Mitteln-
Deutschland“, der sich jetzt mit viel Theaterdomer
als kulturbeachtend preist und jede Bewegung
wahrer deutscher Kultur als mittelalterliche
Barbarei mit Knebeln von Schmutz über-
schüttet.

Neupreußens kulturpolitische Gloria

Das Theater ist zweifellos eines von den
jüngsten kulturellen Instituten, die den Geist
einer Zeit am eindringlichsten und deut-
lichsten widerspiegeln. Darum empfiehlt es
sich, in Tagen, da es um die Frage geht,
ob ein bestimmtes herrschendes Sinnesver-
hältnis oder abgelehnt werden soll, ruck-
schonend die Bühnenkultur oder -unkultur,
die eben jener Denkart sinnfälligen Aus-
druck verleiht, unter die Lupe zu nehmen.

Nachdem wir einmal eine Stichprobe
schauen, wie ein mal das Spielplan eines
Berliner Theaterjahres, am besten aus der
Zeit der Hochblüte rot-schwarzer Seligkeit,
sagen wir das Programm von 1926 an,
mageln wir einmal fest, was damals an
wichtigen Theaterereignissen (Ur- und Erst-
aufführungen) zu verzeichnen war.

Mit einer Treue vorangehenden haben die
Berliner Bühnen bis zum heutigen Tage
an ihrem Grundfach festgehalten,

nur ausländisches, jüdisches oder Partei- Theater

zu „kultivieren“. Ein schönes Beispiel
dieses „Konferenztheaters“ war der geflopfte
Aufmarsch der Triple-Entente, mit dem das
Theaterjahr 1926 begann:

Ein Franzose, ein Engländer und
ein Russe kamen da gleichzeitig zu Wort.
Es waren dies: Edmond Rostand, Bernhard
Shaw und W. W. Lunatschewski. Es war
schon ein starkes Stück, die Ausländer-
nicht etwa Rostand's Drama „Der junge
Mar“. Das nämlich war ein schwaches
Stück, eine für uns Deutsche kaum erträg-
liche

Geschichtsklitterung zum höheren Ruhme Frankreichs!

Etwa! ... heimlich war offenbar selbst de-
nen, die uns diese Geschichte vom Sohne
Napoleons servierten, zumute — ließen sie
Rostands chaudionistische Dichtung doch
durch Herrn Kluband passifisch umfrieren.
Schwachs Utopie, „Kritik“ zu „Weltfrieden“
brauchte uns auch nicht vorgeführt zu wer-
den. (Gähte man dafür lieber einmal
„Zurück nach Jerusalem“ gegeben!) Das

Schauspiel des sowjetrussischen Kulturkommissars Lunatschewski.

„Der befreite Don Quixotte“, einen aus
weltrevolutionären Phrasen, Fürstentümern
und Humanitätsbujelen gemixten
Druck, genossen wohl nur Genossen mit Be-
hagen.

Wehr für das Kurfürstendamm-Publikum
war dann Bronnens „Geburt der Zu-
kunft“. Daß Eltern vernagelte Enkelkinder
und Lehrer Menschenkinder sind, hört „man“
immer wieder gern. Kurz darnach machte
Bronnen, der sich späterhin ja gewandelt
hat, mit seinem „Nipolzug“ manches wieder
gut: Das Stück war recht anständig und
nebenbei wenigstens handfeste Theater.

Dann aber erlebten wir das große Er-
eignis der Saison: Zuckmayers „Fröh-
lichen Weinberg“. Ueber dieses Lustspiel
eines halbjudischen Autors hat Adolf Bar-
tels das Nötige gesagt: Es ist „keineswegs
ein harmloses heiteres Stück, sondern mora-
lisch ziemlich bedenklich und auch politisch
schadhaft, indem es u. a. in der Gestalt
des Affektors Krugus, der einen ganzen Akt
betrunken auf einem Misthaufen liegt, die
„sozialistische Bewegung zu verurteilen strebt“. Zu
seinem weltfremden Lustspiel ist der „Fröhliche
Weinberg“ nicht geeignet.

Das hat — ob bewußt oder unbewußt —
der jüdische Haß

in ihm verhindert.

Harmlose Judenware war Bergers
geschichtliches Stück „Kronprinzessin Luise“,
wenn auch bezeichnend ist, daß er gerade eine
unverbürgte Anekdote, die von einer Lie-
betei der Königin Luise mit dem Prinzen
Louis Ferdinand, der Handlung zugrunde
legte. Mit größeren Mitteln, mit

Blutschande, Giftmordversuch und Selbstmord

operierte Friedrich Lichtners Schauspiel
„Sturmflut“. Ohne derartig perverbe und
kriminelle Zutaten ein Stück zu schreiben,
scheint unendlich schwer zu sein. Natürlich
— muß einem dann doch etwas einfallen!

Die uns dann dargebotenen Geistespro-
dukte Ossip Dynows (b. i. Perel-
manns) und der Firma Bernauer und
Oesterreicher waren wie immer be-
langlos.

Jüdische Autoren kommen indessen stets zur Aufführung.

In der Folge brauchte Paquets „Sturm-
flut“ über die Bühne. Es handelte sich,
wie sich das von selbst versteht, um

eine bolschewistische Sturmflut

Was sich angeschlossen, war wieder völlig
falsch: „Rechtlich“, „Duell am Abend“
versetzte uns in die Welt des internationalen
Hochkapitalismus.

Doller ließ in seinem „Entfesselten
Boten“ dem Haß der fremden Rasse gegen
das Deutschland die Jügel schenken; der
holländische Jude Heijermans bewies mit
dem Bühnenspiel „Eva Bonheur“ seine über-
wältigende Mittelmäßigkeit und der Halb-
jude Haneler mehr als die Begriffe
in „Mord“, „Dine“, „Mord“, „Zufallerei“,
„Ehebruch“, „Zufallmord“

einen Kolportage-Riß zusammen, der die
Minderwertigkeit der Jüdisch anprangern
sollte.

Das Ausland wurde über dem Judenakt
selbstredend nicht vergessen, es kam z. B.
mit Raynals „Grabmal des unbekannten
Soldaten“ zu Wort. Inhalt: Ein Soldat
hat um den Preis seines Lebens, das er
auf einer freiwillig übernommenen Mission
einbringen will, Urlaub erhalten. Er genießt
als Abschied den Reis seiner Braut. Darob,
als der Vater davon erfährt, heftige Vor-
würfe. Endlich „Auslösung“. Ein feststeh-
endes Theaterstück. Aber anders als diese
typisch französische Vorstellung vom unbe-
kannten Soldaten, ist die, die wir von un-
seren toten Kameraden im Herzen tragen.
Jimmerhin war Raynal erst zu nehmen.

Ein minderwertiges und läppisches Pro-
dukt wie das Chanson „Malsborough zieht in
den Krieg“ von Marcel Aymard dagegen
nicht. Den

Kriegsruhm eines Helden

der Geschichte als

Schwindel

hinzufügen, dafür hätten wir schließlich
Monseigneur Aymard nicht zu bemühen brau-
chen; die edle Kunst, das Strahlende zu
schwärzen, übten ja genug heimliche „Sel-
bstmörder“. Auch gab es unter den deutschen
Autoren Vordellspitzelungen genug, als daß
man unbedingt Pirandello's „Dien-
ststück“, „Die Nackten Leiden“ hätte im-
ponieren müssen.

Als ganz besonders verfiert Fachmann
für perverbes Theater offenbarte sich Karl
Berndt's „Lagen“. Ueber seine „Berrat“
verraten wir nur, daß dieses Stück — für
jeden normal Veranlagten ein „hartes
Stück“ —

In blutshänderischen Dingen herum- wühlte und mit „Analfestern“ wie explodierenden Handgranaten arbeitete.

Um kein Drama besser war Hans Henry
Jahnn's „Ara Medea“ — auch diese
„Dichtung“ Unterlebenspoesie! Und mitten
in dieser Gesellschaft — Mühe verhalte den
Haupt! — Erik Stavenhagen, mit
seinem volkshafte-bodenständigen „Düsteren
Mittel“. Die Stavenhagen-Brautführung
der einzige Lichtblick in der Geistesnacht
des Spielplans anno 1926!

Fahren wir in unserem Ueberblick fort.

Klabunds „Revolutionstakt“, „Grommel“
kränzte von Geistesverwirrung. Damit ist
alles Bemerkenswerte über ein Konjunktur-
produkt gesagt, das selbst wohlwollende Kriti-
ker als schäbig bezeichnen. (Klabund war
kein Jude, aber durch und durch Bolshewist.
Seine Anfängerarbeiten förderte Kerr, was
wohl genug bezeugt. Ein Götterlästerungs-
projekt machte Klabund weiteren Kreisen
bekannt.)

Eitfahm kam uns der Amerikaner Guy
Botton mit seinem Schauspiel „Der schwarze
Engel“, daß er uns gähnen ließ, sei ihm
deshalb vergeben. Herbert Erlenberg,
der bekanntlich die Unzulänglichkeit der Ho-
benauern endete — versteht sich — nach

der Revolution — schrieb anlässlich der Ber-
liner Volksausstellung ein Schauspiel „Die
beste Politzelle“. Nach Plänen von Schiller.
Aimer Schiller! ... Ernst Kammher
folgte mit seinem Spiel „Die Nabel“ des
großen Sternheims Spuren. Fast erreichte
er seinen Beherrschter und Raissengewissen.
Seine

Schlafzimmerpoesie

ist jedenfalls ebenso jüdisch, wie die freche
Schriftsteller Sternheims. —

Von 25 aufgeführten Stücken waren 11
von Juden, 6 von Ausländern, Laßt Jah-
nen sprechen!

Zufutursphantasien eines Jeren, fran-
zösischer Chauvinismus, bolschewistische
Propaganda, Verhöhnung des völkischen
Gedankens, Verächtlichmachung des hel-
dischen Ideals, Geschichtsfälschungen,
Bilder aus der Verbrecher- und Dinen-
welt, Zufutursmordhege und Geschlechts-
razerer,

— das wagte man in der schwarz-roten
Hochburg Berlin dem Publikum anno 1926
vorzuführen!

So, deutscher Volksgenosse, sah und sieht
heute noch das kulturelle Antlitz der rot-
schwarzen Metropole aus. Das ist
Neupreußens kulturpolitische Gloria! Man
glaube nicht, wir hätten ein besonders un-
günstiges Beispiel gewählt: Das Bild ist
seit 1918 bis auf diesen Tag immer das
gleiche gewesen. Selbst die dem Judentum
liebenden deutschen Bühnenchrift-
steller mußten das Bild nach und nach räu-

Demokraten!

Vor ungefähr einem Jahr wurde in Wilhelm-
shaven der 3g. Renten zum Senator gewählt,
jedoch nicht bestätigt, weil er National-
sozialist ist. Das Stadtverordnetenkollegium er-
hob gegen die Nichtbestätigung Protest beim zu-
stehenden Regierungspräsidenten in Berlin. Kurz
vor der Wahl in Bremen trat die Entscheidung
des Regierungspräsidenten ein, daß er Renten
nicht bestätigen könne, da er nicht nur der
NSDAP, angehört, sondern als Geschäftler auch
verwerflich für sie tätig sei. Das Stadtverordneten-
kollegium hat sich jetzt beschwerdefähig an die
nächstgelegene Instanz gewandt.

Der Kampf um die Bestätigung Renten's endet
allmählich zur Satire aus! Bei der Wahl am
vergangenen Sonntag hat die NSDAP — fast die
Hälfte aller Stimmen in Wilhelmshaven bekom-
men. Trotzdem wagten diese Parlamentarier es,
sich fälschlich und gelassen über den Willen der Wä-
hler hinwegzusetzen. Eine derartige Verleumdung
wäre in den „reaktionären Zeiten“ vor dem Kriege
nicht möglich gewesen. Heute, im Zeichen der
Demokratie und unter der Herrschaft der Wei-
marer Verfassung und ihrer demokratischen Grä-
falter geben derartige Dinge zur Tagesordnung.

Erreicht wird natürlich mit solchen Maßnahmen
nichts. Im Gegenteil! Immer größere Volks-
massen werden zum Protest gegen dieses Regime
der Willkür und Gewalt getrieben. Wir haben
also keine Ursache, uns über die Regierungsläufe
dieser Herren zu ereignen!

Widerlich ist aber die Heuchelei, mit der alle
diese Maßnahmen unter Berufung auf die Demo-
kratie und das „Wohl des Volkes“ begründet und
gerechtfertigt werden. Wenn die Rotverordnungen
auch nicht gefallten, ein derartiges Verfahren ge-
hend zu fernschmeißen und entsprechend zu be-
zeichnen, so sind wir doch überzeugt, daß unsere
Leser schon von selbst den richtigen Ausdruck —
auf hochdeutsch und auf plattdeutsch — dafür
finden werden.

Die demokratische Presse, die zwar über
keine Geschlossenheit mehr verfügt, ist trotzdem
mit echt jüdischer Geschäftigkeit ihrerseits
an die Klärung der Lage herangegangen,
wobei in erster Linie das Interesse maß-
gebend sein dürfte, die ihr überaus freund-
liche Preußenregierung am Ruder zu be-
halten. Die Herrschaften haben jetzt einen
neuen Dreß gefunden.

Der verächtliche Artikel 48

der Reichsverfassung enthält eine Bestim-
mung, nach der in den Ländern beim Ein-
treten eines gefährlichen Zustandes die Rot-
verordnungen erlassen werden können. Da
diese Rotverordnungen in der Reichsverfas-
sung begründet sind, dürfen sie von den
Länderparlamenten nicht aufgehoben wer-
den. Damit wäre die Möglichkeit zu einer
Geschäftsführung des Kabinetts Braun bis
zum St.-Nimmerleinstag geschaffen. Die
schwarz-rote Regierung konnte die notwen-
digen Gesetze auf Grund des Artikels 48 der
Reichsverfassung in Kraft setzen, ein Ver-
fahren, gegen das die Opposition trotz ihrer
absoluten Mehrheit praktisch machtlos wäre.

Eine solche Ausdeutung der Landtags-
mehrheit ergeht an sich grotesk, tatsächlich
aber dürfte diese Erwägung der Juden-
presse und die ihr nahestehenden amtlichen
Stellen bereits beschäftigen. Es fragt sich
also, ob das Zentrum den Mut besitzt, gegen

men. Es gab Zeiten, da mehr als die Hälfte
aller Neuheiten von Ausländern, der Rest
bis auf verschwindende Ausnahmen von
Juden kamme, während deutsche Drama-
tiker, wie Friedrich Bartels, Hermann Vohs-
dorf, Hermann Burte, Paul Ernst, Otto
Erler, Walter Flex, Hermann Graebner,
Kurt Geude, Emil Gott, Hanns Johst,
Erwin Kolbenheyer, Franz Kranevitz,
Eberhard König, Heinrich Lilienfeld, Emil
Mosonow, Karl Schönherr, Helmut Unger
usw. auch nicht mit einem einzigen ihrer
zahlreichen Werke zu Worte kamen. Kann
man das anders als nationale Verblöndung
nennen? Der Inhalt der zur Aufführung
gelangenden Produkte war, wenn es gut
ging, für den deutschen Reichen völlig
belanglos, meist aber völlig völlig ver-
werflich — und niemand, der dem wider-
stehlichen Niggerakt, der ekelregenden Zelu-
lation auf die schmutzigen Instinkte des Un-
termenschen Inhalt geboten hätte. Man
erkannte über die gesunde Kraft des deutschen
Volkes, das diese systematische Vergiftung
ertrug, ohne an feilscher Auszeichnung zu-
grunde zu gehen.

Soll das so weiter gehen? Soll das
jüdische Völkertum fort und fort dem
deutschen Theaterbesucher einreden dürfen,
die Welt sei ein Bordell, das Leben eine
einzige geschlechtliche Ausschweifung, der
Mensch ein Tier, das Weib ein Lustobjekt
und Bräutchen niedriger Sorte?

Sollen die deutschblütigen Dramatiker,
unser Volksgenossen, noch weiterhin totes-
schweigen und — es ist keine Lieberbreitung
— dem langsamen aber sicheren Hungertode
preisgegeben werden?

Wer diesem, von dem schwarz-roten
System widerbrudelt, so mit Beifall
hingenommenen Treiben Einhalt gebieten
will — kämpft in der NSDAP.

den klar zum Ausdruck gekommenen Willen
der Mehrheit des Volkes auch weiterhin seine
Koalition mit den Roten, die dann sogar
durch die Unterstützung der Moskowiter eine
gewisse Stützung erfuhr, fortzusetzen?

Polenpropaganda im preußischen Wahlkampf

Unter den 26 Parteien und Gruppen, die
für die preußische Landtagswahl Kandidaten-
listen eingereicht hatten, hatte auch der Po-
lenbund unter der Bezeichnung „Polnisch-
katholische Volkspartei“ sich in einem län-
geren Wahlauftritt an die deutsche Deifent-
lichkeit gewandt. Wie bei allen Wahlen, an
denen sich der Polenbund beteiligte, so suchte
er auch bei dieser, aus der katholischen Re-
ligionszugehörigkeit der Bevölkerung des
Ermlandens und vor allem Oberschlesiens
Stimmen zu fangen. Die Hauptträger der
polnischen Wahlpropaganda waren hier wie-
der katholische Geistliche, deren politische
Forderungen in der Errichtung eines po-
lischen Bischofsstuhles in Oppeln und einer
polnischen Priesterakademie unter dem Pro-
tektorat dieses Bischofs gipfelten. Man muß
schon sagen, daß die politischen Agitatoren
sehr zweckmäßig zu arbeiten verstanden. Allen
Ernstes denkt wohl niemand daran, daß die
geringe Anzahl der Polenstimmen dazu aus-
reichen würde, mehr als zwei Abgeordnete
in den preußischen Landtag zu entsenden.
Die ganze Politik des Polenbundes wird
sich daher in der Zukunft erst einmal um
die Erreichung der oben genannten Forde-
rungen drehen, womit allerdings nicht ge-
sagt werden soll, daß sie Erfolg haben wird.
Wenn auch die polnische Presse die Nachrich-
ten verbreitete, daß der Papst in Rom mit die-
sen Forderungen sympathisierte, so gibt die
neue Zusammenfassung des zukünftigen preu-
ßischen Landtags die absolute Gewißheit dafür,
daß solche Unvernünftigkeiten unter allen
Umständen verhindert werden. Würde doch
ein polnischer Bischofsstuhl in Oppeln nichts
weiter als der Ausgangspunkt einer groß-
zügigen Polonisierungspolitik mit Hilfe einer
polnisch orientierten Geistlichkeit sein, der
ganz Oberschlesien nach bewährtem Muster
mit der wüstenhaften See gegen das Deutsch-
tum heimfänden würde.

Gefängnis für Reichsbanner-Landfriedensbrecher

Wegen schweren Landfriedensbruchs hatten sich
in der vergangenen Woche 24 Reichsbannerleute
vor den Stenbalen Richtern zu verantworten. Im
März war von der „Eisernen Front“ in Garde-
legen ein planmäßiger Überfall auf einen
nationalsozialistischen Propagandabüro verübt
worden, bei dem die Schützlinge Brünings
und Gromers mehrfach tödliche Verletzungen
erlitten. Der tagelange Prozeß endete mit einer
Verurteilung von 18 Reichsbannermitgliedern zu
Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis 1 Jahr 3
Monaten wegen schweren Landfriedensbruchs,
Waffenmißbrauch usw. Die Wehrzahl der be-
trafften Wehrdienstfrontler wurden wegen der Höhe der
Strafe und der Brutalität der Ausschreitungen in
Haft behalten. In der Urteilsbegründung hob
der Vorsteher des Gerichts immer wieder die
muttergöttliche Disziplin der Nationalsozialisten
heraus und geißelte um so härter das un-
schämte Auftreten der SPD, und ihrer Gefolgs-
genossen.

Familien-Anzeigen

Geburten: 1. E. Richard Stolpe und Frau Hildegard, geb. Schwaib, — Verlobte: Minuth Kellinghausen mit Art. Bulthmann. — Marie Kruse und Carl Hermann, Oberhofenstraße 26.
Verstorbene: C. Dieder, Meier, Major a. D., 55 J. — Herrn. Brümmer sen., 57 J., Osterholzer Landstraße 10a. — Hermann Brünning, 65 J., Oberende.

Kronk Lancia

Das gute Putzgeschäft.
Delzerstr. 4.

Amtl. Bekanntmachungen

Zugelaufen: ein Huhn, Meldung innerhalb 3 Tagen im Fundamt, Böttelhaus, Zimmer 121, geöffnet von 9 bis 15 Uhr, Sonntags von 9-13 Uhr. — **Der Fleischmelldienst übergeben:** eine Waffelhündin, ein Schäferhund und ein Waffelhund ohne Hundescheit. Meldung innerhalb 24 Stunden in der Fleischmelldienst, Fundamt, Allee, sonst wird über die Tiere verfügt. **Polizeidirektion.**

Am 1. Mai 1932 werden **zugelegene, eingetragene oder im Verlehe verlegte Hunde**, deren Eigentümer nicht bekannt sind, nicht mehr der Fleischmelldienst, sondern dem Fiskus des Bremer Tierärztvereins e. V. in der ehemaligen Kfz-Anlage, Wadland, an der verlängerten Hemmstraße, zugeleitet.

Wastisch elektrischer Geräte!
Angehörigen Stromabnehmer, deren elektrische Geräte in der neuen Wohnung wegen anderer Stromart oder Spannung nicht benutzt werden können, wird anbeigegeben, sich der neu eingerichteten Geräteausleihungsstelle im Bürgergebäude des Elektrizitätswerkes, Fundamtstr. 27, Zimmer Nr. 111-112, zu bedienen und möglichst persönlich vorzusprechen.
Es soll versucht werden, durch kostenlose Zahlungsmittel den Stromabnehmern die Weiterbenutzung von Geräten zu erleichtern.
18. 4. 32. **Städt. Elektrizitätswerk.**

Gerichtl. Bekanntmachungen

Gerichtl. Bekanntmachungen
(Nr. 35). In das Handelsregister ist eingetragen:

Am 27. April 1932:

Löwen-Apothek Friedrich Wiefenhausen, Bremen. Otto Ferdinand Wiefenhausen ist am 27. Oktober 1931 verstorben. Sein Testamentsvollstrecker, der Buchhalter Carl Torgler in Bremen, hat das Geschäft bis zum 30. November 1931 für die Erben des verstorbenen Inhabers unverändert fortgeführt. Die Firma ist mit dem 1. Dezember 1931 erloschen.

Löwen-Apothek Albert Nink, Bremen. Inhaber ist der Apotheker Albert Franz Nink in Bremen. Brantke 26.

H. S. Müller & Co., Bremen. Paula Maries Witwe, geborene Müller, ist am 11. April 1932 als persönlich haftende Gesellschafterin ausgeschieden; gleichzeitig ist eine Kommanditistin beigetreten. Seitdem Kommanditistengesellschaft.

Wiede & Co. in Liquidation, Bremen. Die Firma ist erloschen.

Freih. Reiter, Bremen. Die Firma ist am 13. November 1930 erloschen.

Andreas Wendel, Bremen. Andreas Christoph Wendel ist am 28. März 1926 verstorben. Seitdem führt seine Witwe, Bela Christine, geb. Simmeskamp, in Bremen, das Geschäft als Wittwenhandlung unter unveränderter Firma fort.

E. Wadgrang jun., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen. Durch Gesellschaftsvertrag vom 20. April 1932 sind in (10) der Aktien in § 2 des Gesellschaftsvertrages (im Gegenstand des Unternehmens betreffend) die Worte „der Betrieb von Bankgeschäften“ gestrichen.

Germania-Brauerei C. Dreßler, Bremen. Carsten Dreßler sen. ist am 19. Juli 1929 verstorben und damit als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. Die Gesellschaft wird von den verbliebenen Gesellschaftern unter unveränderter Firma fortgeführt.

Amtsgericht Bremen.

In Sachen betreffend das Kontostückverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinz Laufen ist eine Gläubigerversammlung zur Befriedigung über den Verkauf des Gutes Wittenstein in Weddenburg-Streith gemäß § 195 d. C. auf den

10. Mai 1932, vormittags 10.15 Uhr, im Gerichtshaus, Zimmer 84, anberaumt.

27. 4. 32. **Versteigerer, d. Amtsgerichts.**

Hier wirbt der Fleischmeister!

Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte

E. Steuber, Haferkamp 79
Fernsprecher Weser Nr. 834 75

Feine
Fleisch- und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen
Fr. Dammann
Vasnerstr. 18 / Domsheide 277 67

Fleisch- und Wurstwaren
nach süddeutscher Art
Heinz Sixt, Schlachtere
Kl. Helle 41
Fernruf: Weser 847 59
Bestellungen auf Anruf ins Haus.

Vof
Gerhardstraße 1
Telefon Domsheide 296 02
Jede Bestellung
frei Haus

Dorus de Vries
Wulvestraße 28-29 • Fernruf: Domsheide 264 15
Empfehle meine prima Fleisch- und Wurstwaren zu den allerbilligsten Tagespreisen

Ochsen-, Kalb- und Schweinefleisch
ff. Aufschnitt
zu soliden Preisen

Otto Conradt
Fleischermeister
FALKENSTRASSE 35 a

Paul Schurig, Bremen
Vor dem Steintor 59-61, Telef. Hansa 41474
Fabrik
feiner Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt, garnierte Schüsseln
Eigene Kühlenanlage
Alle Waren werden frei Haus geliefert

Kauft nicht im Warenhaus!

Aerzte-Tafel

Verreist

vom 30. April bis 5. Mai
Dr. Koch-Büttner
Rutenstraße 2

Unterricht

Individueller - Unterricht
Alle u. neue Sprachen
Mathematik
Dr. Harmanz, Lerchenstr. 35 I
Sprechst. 4-6 Uhr Tel. D. 254 07

Stadttheater

Heute
Freitag, 18.30 Uhr: **Gefühl**
Vorfr. f. d. Deutsche Bühne e. V.
Siegfried
Sonabend, 20.11.17.30-18.30.
Der Bauerngeneral
Operette in 3 Akten von Oscar Strauß
„Der starke und anhaltende Gefell, sowie mehrere Wiederholungen zeigen zur Genüge, daß die Arbeit lebhaft zu sein vermochte. Sie trug daher auch einen wohlverdienten Erfolg davon.“ Bremer Nachrichten
Sonntag, 15.11.17.30-18.30.
Die schöne Helena
19.30 Uhr, 17.30-18.30. Vorfr.:
Die Zauberflöte
Montag, 20.11.36. Vollständiger Vorführung für den Beamten-Bildungs-Ausschuß:
Die schöne Helena
Inseriert in der BNZ

Metropol-Theater

Ansgaritorstraße 20 Domsheide 27444

Ein großes Ereignis für Bremen!

Auf der Bühne: GASTSPIEL

der großen Varieté-Attraktion des Wintergartens Berlin:

MARIO GUIDO mit seinem berühmten Jazz-Orchester

(12 Solisten); ferner

KITTY MARION Die Jazzsängerin

(Femina-Berlin, Europas mondänstes Ballhaus)

mit ihren 6 entzückenden **Jazz-Girls.**

Im Tonfilmteil:

Der große Star aller, die das Lachen lieben
Otto Wallburg

der Komiker der tausend Witze
in einer herrlich-lustigen Persiflage des „Salon“-Tirolertums

Der Hochtourist

Ein heilerer Tonfilm aus den Gefilden der Berge u. des Humors
In weiteren Rollen: Trude Berliner, Maria Solova, Erika Glässer, Eugen Rex, Max Ehrlich, Wolfgang Zilzer.

Rn Wochentagen: 3%, 6, 8% Uhr — Sonntag: 3%, 6%, 8% Uhr

Privat-Darlehn
sof. geg. Möbel usw.
Sicherheit, streng
reell, 4-7 Uhr
Prangenstraße 82

Hypothesen u. Kapitalien
für Beamte u. Festangest. ohne Vork.
Lange
Lübeckerstr. 35, (5-8 Uhr)

Hypothek. Gesuch
2000 Mk., prima Hypothek. Schwach, üblicher Zinssatz.
Ang. u. C 397 b. V.

Zu vermieten

Laden
für Friseur in Harstedt, 25.— Mk.
Ang. u. A 385 b. V.

Kaufgesuche

Pg. sucht gut erhaltenen Kinderwagen zu kaufen ges.
Ang. u. B 386 b. V.

Verschiedenes

Wer überläßt erwerbslosen Pg. eine gebrauchte Kinderbettstelle

Angebote erbeten an Pg. Zwick, Geschäftsstelle
Rembertstr. 32

Sport-Zelte

Planen liefert preiswert und repariert
Trost
Prangenstr. 45

Verlangte

Sturm-Margarine
Verteiler
für Bremen, Hemelingen, Hastedt, Huchting, Oslebshausen, Osterholz-Scharmbeck, Grödenlingen usw. gesucht
Angeb. nur schriftl. an B. W. Weyhausen, Vegesack

Tempo! Spannung! Gr. Motorrad-Bahnrennen

auf der Hohenhauser Radrennbahn
am Sonntag, 1. Mai 1932, 15 Uhr
30 Fahrer am Start! Rekordfahren!
Eintritt: RM. —, 50, 1.—, 1.50

Reisende

f. Privat v. bedeutender Wäschefabrik gesucht. Reichhaltige Kollektion sämtl. Haushalts- und Aussteuer-Wäsche kostenlos. Hoher Verdienst wird

sofort bar
ausgezahlt.
Schließfach 256 g
Plauen i. V.

Englisch
v. Auslands-Deutschem
Humboldtstr. 133

Kauf

bei unseren

Inferenten

Denken Sie immer daran

Glas, Porzellan

Haus- u. Küchengeräte

Geschenkartikel

kaufen Sie immer preiswert und gut bei

Geschmister Luperti
U. d. Steintor 98/102 H. 41618 Gegr. 1895

Ge - Bü - Be - Ka

Warum noch kein Mitglied der

„Gemeinnützigen

Bürgerlichen Bestattungskasse“

Nur Kurze Wallfahrt 9 (Ecke Molkenstr.)

Diese sorgt für Dich und Deine Familie für kostenlose, würdige Bestattung im Todesfall.

Beitrag monatlich 50 Pfennig pro Familie.

Unterstützt das Handwerk!

Mauerarbeiten
prompt und billig
J. K. MARTEN
Baugeschäft
Fesefeld 13 • Ruf: Hansa 419 60

Maßanzüge
Reparaturen billigst
Pg. Rudolf Steinke
Goethestraße 28 / Hansa 420 29

ELEKTROTECHNIK
R.: Weser 833 43, St. Magnusstr. 59
Licht- und Kraftanlagen, Radio
Reparaturen aller Art
W. Pfützenreuter

Schuhreparaturen
sowie Neuanfertigung
preiswert und gut
Heinr. Hageleit
Schuhmachermeister
Kl. Hundestraße 7

Bauarbeiten, Neu-, Auf- und Umbauten, Reparaturen, billige Zeichnungen u. Anschläge frei.
J. Martens
Maurermeister
Bremerhavenstraße 82

Malerarbeiten billig
Pg. EICHHOLZ • Oderstraße 95

Glaseri
Bildereinrahmung
Pg. Schnaars
Schwachhauser Heerde, 293, Ruf H. 448 88
Spez. Wintergarten dichten

persönlich und schick
nur nach
Hilligs-Maschinen
Anfertigung sämtlicher Schnittmuster nach Maß • Ausbildung in der Zuschneidekunst
Wulvestraße 18 • Domsch. 294 27

Malerarbeiten
sauber und preiswert
KARL BARTOLS
Vagstraße 7

Fertige Zeichnungen, Kostenanschläge zu Um- und Neubauten, Bau- und Reparaturarbeiten
Gutachten, Hausverwaltung, auch Grundstücksverkäufe.

Gewissenhafte Bedienung!
Pg. K. H. Menz
Architekt und Bauunternehmer
Friedrich-Wilhelm-Straße 6

Handwerk in Not!

Aus Bremen Stadt und Staat

Zahlungsunfähig

Ueber 200 Konkurse und Zwangsvergleiche.
Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht am Montag, dem 25. April, nicht weniger als 201 Konkurse und Vergleichsverfahren; ein erschütternder Beweis für den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.

Die Stadt Lübeck hat erklärt, daß sie ihre demnächst fälligen Schatzanweisungen in Höhe von 5 Millionen aus dem Jahre 1929 nicht zurückbezahlen kann. Zum ersten Male erklärt sich eine Großstadt damit für zahlungsunfähig. Ein Hilfsrat an die Reichsbehörden ist bisher ungehört verhallt.

Motorradrennen auf der Habenhauser Madenbahn. Sonntag nachmittag, den 1. Mai, werden in diesem Jahre zum ersten Male die Motoren über das Habenhauser Lokal kommen. Dreißig Fahrer haben sich bereits in die Rennungsliste für dieses Frühjahrrennen eingetragen. U. a. werden 2 Konkrete- und 2 SS-Spezial-Maschinen in einem Rennen starten und es ist sehr leicht möglich, daß der auf 103 km fahrende Bahnrund in diesem Rennen erheblich überboten wird, da diese Maschinen bereits im Training Geschwindigkeiten bis zu 100 km erreicht haben. Das Hauptinteresse dürfte sich daher auf die, in der Klasse „350 cm-Sport“ startenden Maschinen konzentrieren. Die anderen Klassen von 200, 350 und 500 cm haben ebenfalls eine sehr starke Beteiligung gefunden, so daß auch in diesen Rennen mit neuen Rekordeinfällen zu rechnen ist. Im Anschluß an die Rennen findet ein Motorradfahren der erfolgreichen Maschinen über 1 km statt.

Frauenfahrten! Am Sonntag, 1. Mai, Ausflüge nach Oberneuland, Treffpunkt um 9 Uhr, Endstation Linie 4, Horn. — Reiffrüh mitbringen.

Der Verkehrsverband Unterweser und Südersee, dem der Verband oldenburgischer Nordseeküster und Luftfahrer, die Fremdenverkehrsvereine Bremen, Wilhelmshaven, Wesermünde, Oldenburg, Delmenhorst, Varel und Scharhörn, der Ortsverkehrsverein Bremen und Umgebung, sowie die Badeverwaltung des oldenburgischen Nordseeküsters Wangeroge angehören, hielt am 23. April im Hauptgebäude des Norddeutschen Lloyd, Bremen, unter der Leitung seines ersten Vorsitzenden, Herrn Direktor Goelz, seine diesjährige Jahresversammlung ab, auf der alle Mitglieder vertreten waren.

Nach Erledigung der Einzelfragen wurden die Verbandsmaßnahmen für das kommende Jahr besprochen, wobei man sich darüber einig war, daß, wenn auch die Zukunft dunkel und schwer sei, dennoch in der Verkehrsverbund nichts vernachlässigt werden dürfe. Beschlüssen wurde, das bekannte Ausgangeplat, „See, Luft, Sonne, Wald und Strand an der deutschen Waterkant“ wieder herauszugeben und ebenfalls den bekannten Reiffrühprospekt, „Die norddeutsche Wasserwelt“, neu drucken zu lassen. Im Ausblick genommen ist ferner ein kleines Faltblatt über Oldenburg und Bremen in Verbindung mit der Nordseeküste. — Begrüßt wurde der Anschluß an die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft der Verkehrsverbände an der deutschen See, die „Deutsche See“, die unter dem Motto „Reise an die deutsche See“ großzügige Werbung für das deutsche Küstengebiet betreiben will.

Behandlung von Unterküpfungsfragen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in Gemeinschaft mit der Vereinigung

Ein Reichs-Schiffahrts-Dezernat der NSDAP.

Im Rahmen der WPA, der Reichsleitung ist eine besondere Abteilung für Schiffahrt errichtet, deren Leitung mir übertragen worden ist. Für diese Abteilung, die ihren Sitz in Hamburg erhalten hat, wird in Hamburg ein Büro eingerichtet unter folgender Aufschrift:

Reichs-Schiffahrts-Dezernat der NSDAP, Hamburg, Welferhaus.

Die Abteilung Schiffahrt bearbeitet nicht nur die gesamte See- und Küstenschiffahrt, sondern auch die Binnen-Schiffahrt, den Fährbetrieb, Fischerei, Baggerbetrieb, Hafenbetrieb, Besten, Seifenwesen und das Schiffsmalwesen.

Um der Schiffahrtsabteilung die planmäßige Arbeit zu ermöglichen, ernennen die Gauen in folgenden Orten Sachberater für die Schiffahrtsabteilung:

1. für die See- und Küstenschiffahrt

Gau Hamburg: in Groß-Hamburg (einschließlich Hamburg-Wilhelmsburg und Altona);
Gau Oldenburg: in Bremen und Emden;
Gau Schleswig-Holstein: in Sylt, Friesland, Nordsee und Kiel;
Gau Mecklenburg-Vorpommern: in Lübeck, Rostock;
Gau Pommern: in Stettin;
Gau Danzig: in Danzig;
Gau Preußen: in Königsberg;

2. für die Binnen-Schiffahrt:

Gau Schlesien: in Breslau;
Gau Magdeburg-Anhalt: in Magdeburg;
Gau Oldenburg: in Bremen und Emden;
Gau Eisen: in Duisburg;

Gau Baden: in Mannheim;
Gau Unterpfalz: in Würzburg;
Gau Danzig: in Danzig.

Zu meinem Stellvertreter und Referenten für das Gebiet Groß-Hamburg einschließlich Hamburg-Wilhelmsburg und Altona ernenne ich Pg. Thoma und zum Organisationsleiter Pg. Palsche, Hamburg.

Leiter des Reichs-Schiffahrts-Dezernats der NSDAP.

gez.: Werner Daig.

WPA, der Reichsleitung der NSDAP.

Durch eine Verfügung der Reichsleitung der NSDAP, wurde Pg. Dr. Wieland auf seinen Antrag von seiner Tätigkeit als Beauftragter der WPA, der Reichsleitung für das Wirtschaftsgebiet Nord entbunden. An seiner Stelle bin ich zum Beauftragten der WPA, für das Wirtschaftsgebiet Nord ernannt.

Im Anschluß an diese Ernennung bestimme ich zu meinen persönlichen Mitarbeitern die Herren Pg. Dietrich Engelken für Export, Import, Großhandel; Pg. Hermann von Dewitz für das Bank-, Geld- und Kreditwesen; Pg. C. C. Fetz Meyer (M. D.) zu besonderer Verfügung; Pg. Dr. Schlotterer für das Postwesen; Pg. Schneider für die Auslandsabteilung. Die bisherige Organisation der WPA wird hierdurch nicht berührt.

Beauftragter für das Wirtschaftsgebiet Nord
gez.: Werner Daig.

der Deutschen Arbeitgeberverbände ein sehr reichhaltiges Wertblatt zur Behandlung des Unterhaltungs- und Förderungsweins herausgegeben, das in der **Kasse der Gewerbetreibenden** während der Geschäftszeit zur Einsichtnahme ausliegt. Dasselbe werden auch Bestellungen zum Bezuge des Wertblattes entgegengenommen.

Gewerbmäßiger Fahrraddiebstahl festgenommen. Festgenommen wurde ein wiederholt vorbestrafter 24-jähriger Gipsler aus Württemberg, dem der Diebstahl von 10 Fahrrädern in der Zeit vom 15. bis 26. April in Bremen und gabelreicher weiterer Räder in Hannover, Leipzig und Halle nachgewiesen werden konnte. Er ist am 13. März aus der Strafanstalt Lübeck entlassen worden. Die Räder hatte er größtenteils in der Umgebung und auf dem Lande weiterverkauft.

Leuchtgasexplosion. Als der Schweißmachermeister Luitpold morgens seine Kasse betrat, konnte er infolge eines starken Schumpens nicht bemerken, daß die Kasse durch einen nicht geschlossenen Gaszahn mit Leuchtgas angefüllt war. Beim Anzünden eines Streichholzes explodierte das Gas; die Explosion war so heftig, daß der Fensterrahmen aus der Mauer gerissen wurde und an Händen und Kopf schwere Brandwunden erlitt.

Einheitskurzschiff. An dem begonnenen Anfahrerlehrgang können am Freitag, den 29. April, 20 Uhr, in der Oberrealschule, Deftanstraße 5, noch Damen und Herren teilnehmen.

„Leviathan“ unterwegs nach Bremerhaven

Der ehemalige deutsche Dampfer „Leviathan“ der United States Lines hat New York am 26. April verlassen und befindet sich auf seiner ersten Reise nach Bremerhaven. In Plymouth wird der Dampfer am 2. Mai erwartet; am 3. Mai wird er Cherbourg anlaufen und am 5. Mai, 12.30 Uhr, am Columbuspier ein treffen.

Die „Europa“ dockt in Bremerhaven. Eine beachtliche Leistung war die letzte Einbindung der „Europa“, die nur 3½ Stunden in Anspruch nahm. Vom Columbuspier wurde der Niemanddampfer von einer Reihe Schleppern auf die offene Weser gezogen und gebreht, um mit dem Bug in den Vorhafen der Norddeutsche einzufahren. Die eigentliche Einbindung nahm bei der „Europa“ nur eine halbe Stunde in Anspruch. Im Dock werden Wellen- und Schraubenreparaturen ausgeführt; am Mittwoch, den 4. Mai, wird der Dampfer dann wieder nach Newport abgefertigt. — Der amerikanische Dampfer „Leviathan“, der, wie berichtet, am 1. Mai vormittags in Bremerhaven eintrifft, wird nur zwei Tage in Bremerhaven bleiben, um am 6. Mai um 11.30 Uhr zum ersten Male nach Newport abgefertigt zu werden.

Bremer Volkshochschule. Am nächsten Sonntag veranstaltet Dr. Schütt einen **botanischen Ausflug in den Hasbruch** zur Besichtigung der Frühlingsflora. Die Teilnehmer fahren 8.35 Uhr ab Hauptbahnhof. Karten können auch für den einzelnen Ausflug gelöst werden. — Ebenfalls am Sonntag findet die erste von drei **Führungen durch die Böttcherstraße und das Roseliushaus** statt. C. Müller-Schödel befragt mit den Teilnehmern die Bauten der Böttcherstraße. — Karten in den Buchhandlungen von G. Winter, am Wall 161 und R. Anders, Meterstraße 5-7.

Neue Richtlinien zur Senkung der Mietpreise für Privattelefonanlagen. Hat vor kurzem der Reichskommissar für Preisüberwachung zu seiner Verordnung vom 12. Februar d. J. erlassen. Ueber den Inhalt erteilt die Gewerbestammer ihren Interessenten auf Wunsch nähere Auskunft durch die Gewerkeförderungsamt, Gutfahrerstraße 9-13, 3. Stock, Handelsloft.

Sonntagsruckschiffarten gelten zu Himmelfahrt, vom Mittwoch, den 4. Mai mittags 12 Uhr. Freigegeben sind für frühere Benutzung der D-Zug 131 für Sonn-

tagsruckschiffarten nach Goslar und dazu über hinaus und für die allgemeine Benutzung der R. 309, Bremen ab 11.55 Uhr in Richtung Hannover. Nach dem Harz verkehrt Mittwoch, den 4. Mai auch der Wochenendzug, Bremen ab 16.30 Uhr, mit Rückkehr am Himmelfahrtstage.

Wagner-Festspiele im Stadttheater. Es wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß nimmere auch für je 4 Vorstellungen der Festspiele billige Abonnements ausgeben werden. Und zwar beginnt heute Freitag der Vorverkauf für die 4 Opern „Holländer“ (3. Mai), „Tannhäuser“ (7. Mai), „Lohengrin“ (10. Mai), und „Meistersinger“ (Pflingstmontag, den 15. Mai). Der Vorverkauf für den Ring des Nibelungen beginnt am kommenden Montag.

Oldenburger Ferkel und Schweinemarkt. Auftrieb insgesamt 1014 Tiere, nämlich 973 Ferkel und 41 Säuer. Es folgten das Stück der Durchschnittsqualität: Ferkel bis 6 Wochen alt 6-8, 6-8 Wochenferkel 8-11, 8-10 Wochenferkel 11-15, Säuer schweine 3-4 Monate alt 17-22, 4-6 Monate alt 22-30 Mark. Größere Schweine entsprechend teurer. Ausgeseuchte Tiere über, geringere unter Notiz. Marktsverkauf: sehr ruhig, bei fraglicher Raumung. Nächster Schweinemarkt am 4. Mai.

Berliner Großhandelspreise

Berliner Butterpreise vom 28. April. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten. I. Qualität 113, II. Qualität 106, abfallende Sorten 96 RM. Tendenz: Stetig.

Preisnotierungen für Eier (festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 28. April). A. Deutsche Eier: Trinker voll, gestempelt, aber 65 g 6,75, aber 60 g 5,75, aber 53 g 5,25, aber 48 g 4,75; frische Eier aber 53 g 5, — sortierte kleine und Schmutzeier 4,25. B. Auslands-Eier: Dänen 18er 6,50, 17er 5,75, 15er 5,25, leichtere 4,50, Holländer 68 g 6,75, 60-62 g 6, — 57-58 g 5,75; Rumänen 4,50-1, Russen normale 4,50; kleine, Mittel- und Schmutzeier 4 bis 4,25. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeholdern und Eiergroßhändlern ab Wagon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Schön. Tendenz: Etwas freundlicher.

Amtliche Berliner Kartoffelpreis-Notierung je Zentner waggontfrei märkischer Station. Weiße Kartoffeln 1,40-1,50, Rote Kartoffeln 1,50-1,70, Gelbfleisch (außer Nieren) 2,20-2,40 RM. Exportware ab Notiz. Fabrikkartoffeln 7,75-8,75 Rpf je Stärkeprozent.

Rundfunk

Freitag, 29. April. 16. Norddeutsche Jugendsunde, 16.30 Nachmittags-Konzert, 17.30 Geräte, die uns den Wochtag erleichtern. 17.35 Bettina und wir heutigen, 18. Bürgerbörse. 18.35 Stunde der Wertigkeiten. 18.55 Kranfurter Abendbörse, Hamburger Eiernotierungen, Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt, 19. Mülhner Dicht, 19.15 Wetterbericht, 19.20 Rufen, Mit, Silbado, 20. Weibchen man in Amerika spricht, 20.15 Eine kleine Melodie, 21.30 Sturm auf die Maschine, 22.30 Nachtrichterbericht, 22.45 Unterhaltungs-Konzert.

Sonnabend, 30. April. 5.45 Wetterbericht, Landwirtschaftsmeldungen. 6.40 Morgenmusik. 7. Zeitangebe, Wetterbericht, Wiederholung der Abendmeldungen, 8. Zeitgemäße Ernährungsrichtsäge, 11. Luther in Rom. 11.30 Mittagskonzert, 12. Zeitangebe, 13. Nachtrichterbericht, 13.15 Wetterbericht, 13.20 Junferbung, 14. Mittagskonzert, 14.50 Junferbung, 15. Wetterbericht, 15.05 Nachtrichterbericht, 15.20, Börsenplatz, 15.50 Schiffahrtsum.

Verantwortlicher: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansford von Eickard; für den Angelegenheit: W. Kofens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer National-Verlagsgesellschaft. — Für unerlangte eingekaufte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Weser-Druckerei Bremen.

ARTERIEN-VERKALKUNG

und vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvorgangs, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation

126 Uran-Einheiten

Wie stark dieses Leiden verbreitet ist geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 22 Prozent aller Todesfälle dieser Erkrankung für sich in Anspruch nimmt. Radium-Tropin ist von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden, verändert die weitere Ansetzung von Kalkmassen, löst die alten und sorgt für deren Ausscheidung. Verminderung des Blutdrucks, Verhinderung von Schlaganfällen und die Erhaltung der Arbeitskraft. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtiger, rechtzeitig eingreifen bzw. bei Zeiten vorzubeugen, wie gerade bei Arterienverkalkung.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimnis! Die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 7.—.

MARNO LE MOULT, G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 160-62 (37)

RHEUMATISMUS

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen! Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Eine Freudenbotschaft für alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen geboten, Ihnen und allen, die an geschwollenen Gliedern und Gelenken, akuten Schmerzen und all den anderen Übeln leiden, welche die Harnsäure mit sich bringt. Unsere Doppelkur ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und hat noch nie versagt! Geben Sie die Heilung nicht auf. Ich weiß sehr wohl, daß es für einen Leidenden sehr schwer ist, daran zu denken, eine wirkliche Heilung möglich ist. Sie werden elend und niedergeschlagen, und kein Wunder auch bei den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben.

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund.

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der vollen Kur nicht von Ihrem Leiden gänzlich befreit sind. Garantiechein für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei. Scheuen Sie nicht die kleine Ausgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie! Unsere Doppelkur ist nicht schädlich und enthält keine Gifte. Keine Tox oder Einreibekur! Preis RM. 6.50 gegen Nachnahme, bei Voreinsendung des Betrages erfolgt der Versand der Präparate sofort durch eine Apotheke. — Ärztliche Gutachten liegen jeder Sendung bei. Die Präparate und die eingehenden Bestellungen unterliegen der ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

Volksgemeinschaft!

Es ist viel Mißbrauch mit diesem Wort getrieben worden und mancher Arbeiter guckt höhnisch und ablehnend die Achsel, wenn er es hört. Und nur zu begrifflich ist. Wie oft hat das Wort gehalten müssen, wenn man einen neuen Raubzug auf die Löhnen des Arbeiters plante. Wie oft hat es gehört von Leuten, die die Volksgemeinschaft nur so verstanden, daß ihre Rechte und Vorteile auf jeden Fall gewahrt wurden und die dem anderen Partner nur Pflichten auferlegten. Mit dieser Auffassung von Volksgemeinschaft hat der Nationalsozialismus nichts zu tun.

Er weist jedem Pflichten und Rechte zu und je höher jemand in der Volksgemeinschaft des Nationalsozialismus steht, je höher und größer sind auch seine Pflichten. Weil der Nationalsozialismus aber jede Auffassung ablehnt, die in die Volksgemeinschaft Klassenpartei und Klassenrechte hineinschmuggeln möchte, wird er von allen Klassenkämpfen, gleich ob rechts oder links, gleich, ob sie sich proletarisch oder bürgerlich nennen, befreit und befreit.

Wie oft hat man uns nicht gefragt, der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter sei unabänderlich, die Klassenpartei sei in der modernen Gesellschaft nicht zu befeigen und es wäre eine Utopie, hier einen Ausgleich anzustreben. Und die so sprachen, waren nicht nur Marxisten, die ja schließlich auch unwirksam auf dem Standpunkt des Klassenkampfes standen. Nein, es waren auch Leute aus dem bürgerlichen, nationalen Lager, die zu Zeiten sehr schön von „Volksgemeinschaft“ sprachen konnten mit jenem Pathos, das so deutlich den eigenen Angelenen verrät. Wie oft hat man uns nicht verlangt und wie oft hat man nicht „festschneit“, daß uns ein Einbruch in den Marxismus nie gelingen werde. Bei jeder Wahl stellte man es von neuem fest. Und auch die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen, in Thüringen, im Mansfelder Geleise, in Ostpreußen und all jenen Gegenden, die ehemals unbetrittene Domäne der Roten waren, ignorierte man trübselig. Man ignorierte sie, weil man sie trotz allem Verdröben von Volksgemeinschaft gar nicht wünschte, weil man die Verpflichtung hatte, die aus wahrer Volksgemeinschaft entsteht! Die letzten Ergebnisse der Hamburger Bürgerwahlen haben jedoch derart deutlich und unbestreitbar den Einbruch der Nationalsozialisten in die marxistische Front offenbart werden lassen, daß man es mit dem besten Willen nicht mehr leugnen kann. Und die gleichen Herrschaften, die uns sonst immer zum Vorwurf machten, daß es uns nicht gelungen sei, den Roten nachweisbar Stimmen abzunehmen und die also jetzt, wo dies unbestreitbar der Fall ist, doch froh über unsere Erfolge sein müßten, die geben jetzt das Gesicht in ernste Falten und haben neue Bedenken.

Ja, so ist, der Einbruch in die marxistische Front ist uns gelungen — aber! Aber! Es liegt doch eine bedeutende Sache, daß jetzt ehemals kommunistische Funktionäre in einer nationalen Bewegung tätig seien.

„So erfreulich die Erscheinung an sich ist, daß den Nationalsozialisten nunmehr endlich der entscheidende Einbruch auch in die marxistische Front gelangt ist, nämlich ins kommunistische Lager, so erweist sie doch andererseits Bedenken wegen der Radikalisierung der NSDAP, die auf diese Weise herbeigeführt werden könnte. Denn zweifellos hat der Eintritt von kommunistischen Funktionären, der sich auch sonst schon an vielen Stellen in Deutschland gezeigt hat, zur Folge, daß Elemente in die vordere Front der nationalen Bewegung kommen, die dafür keinesfalls die innere Eignung besitzen.“

So schreiben die „Bremer Nachrichten“ am Montag in einer Besprechung des Hamburger Wahlereignisses.

So sehen sie aus, die Kämpfer für Volksgemeinschaft! Der Arbeiter, der kommunistische Funktionär, der sich unter schweren inneren Kämpfen und unter Überwindung von äußeren und inneren Widerständen, die jene Herren nicht einmal ahnen, zur Idee Adolf Hitlers durchgerungen hat, ist ihnen ein „Element“, das „keinesfalls die innere Eignung besitzt“, an vorderer Front der nationalen Bewegung zu stehen!

Die Herren müssen uns schon gestatten, selbst darüber zu bestimmen, wen wir an die Front unserer Bewegung schicken und wie können ihnen verraten, daß der ehemalige Kommunist, der sich zur Idee der Nation und der Volksgemeinschaft durchgekämpft hat, uns tausendmal lieber ist als jene Herren, die über den Klassenkampf der anderen schimpfen, selbst aber gar nicht daran denken, ihr Mißtrauen und ihre Abneigung gegen den deutschen Bruder aus dem anderen Lager zu überwinden. Wir bekämpfen ihnen mit aller Entschiedenheit, über die „innere Eignung“ unserer Parteigenossen zu bestimmen.

Was haben denn die Herren geleistet, um der Zerstörung der Nation Einhalt zu gebieten? Was haben denn die Herren getan, um den deutschen Arbeiter der Nation wieder zu gewinnen? Was haben sie getan, um Deutschlands innere Ge-

Feste statt Brot

Nach dem grandiosen Bankrott ihrer „Staatspolitischen“ Betätigung greift die Sozialdemokratie nun wieder zu den in letzter Zeit stiefmütterlich behandelten international-marxistischen Phrasen. Mitten hinein in die Katerstimmung der zusammengeklagenen SPD, bläst der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und sein Bruder, der Angestelltenbund zur kommenden „Maifeier“. Der Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder enthält nichts Neues; es sei denn, daß der alte Schmonzes sich etwas renoviert ausnimmt. Daß die Gewerkschaften in dieser Notzeit überhaupt zu einer Feier aufrufen, ist eigentlich bezeichnend genug. Der deutschen Arbeiterkraft zugunsten, unter roten Zappeln für die „internationale Solidarität“ zu demonstrieren, ist ein kaltes Stück. Millionen und aber Millionen feiern und versuchen den Zugang, der den Händen die Arbeit nahm, verlassen diese „internationale Solidarität“, unter deren Schutz Deutschland erst die Waffen, dann die Maschinen, schließlich die ganzen Betriebe preisgab. Millionen, die heute Almosen annehmen müssen, wo sie Werte geschaffen hätten, verlassen diese internationale Wahnsinnidee. Marxistische Gewerkschaften aber rufen die noch in der Arbeit Gebundenen auf, dafür zu feiern, zu demonstrieren.

Nun hat es mit dieser „Maifeier“ eine besondere Bedeutung. Die Gewerkschaften stellen sie unter die Forderungen:

Arbeitsbeschaffung
40-Stundenwoche
Frieden und Volkerverständigung.

Den Weg verschweigt man mit gutem Vorbedacht. Sonst müßte doch zugegeben werden, daß die 40-Stundenwoche praktisch Wirksamkeit wurde, daß jeder Schaffende fast am sechsten Tage zwangsweise feiern muß. „Ohne Lohnausgleich“ heißt die Kellamforderung der Gewerkschaften, über deren hohe Phantasie sie sich selbst einig sind. In Wahrheit wäre ja auch die Einführung einer 40-Stundenwoche praktisch längst überholt. Wollte man allen Volksgenossen Arbeit geben, so dürfte jeder überhaupt nur drei Tage arbeiten und den Rest „feiern“. Damit wäre wohl ein marxistischer Wunschtraum, die Gleichmacherei, erfüllt. Jeder

hätte zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. In der Zeitmühle der ewigen Feierlichkeiten aber würden die wertvollsten Kräfte verarmt, die Wirtschaft völlig zerfallen und schließlich stünde das Chaos in voller Blüte. Mit der Arbeitsförderung oder -streckung schadet man also letzten Endes nur wieder dem Arbeiter, ohne den Arbeitslosen zu helfen. Mit der Arbeitsbeschaffung aber steht es bei den Gewerkschaften ebenso trostlos aus; über hochbezahlte Kommissionen und „Schwerfkränze“ hat man es bisher nicht gebracht. Die letzte Forderung vom „Frieden und Volkerverständigung“ wird wohl heute keinen Arbeiter mehr auf die Straße bringen, um dafür seine ehrliebe Befehlsbefolgung einzusetzen.

Ein anderes aber wird in diesen ersten Monaten der deutschen Arbeiterschaft mit Wissen und Duldung der marxistischen Gewerkschaften „belehrt“: Die Verewigung des Lohnraubes. Zum Ende April läuft bekanntlich die „Stilthaltsfrist“ für die Tarifabkommen, die samt und sonders gekündigt sind und nun neu festgelegt werden sollen. Unter den aufgeregten Wühlkämpfen hat die Systempresse der Öffentlichkeit hier von „schäblicher Mittelstellung“ gemacht. Nun sind die Wahlen vorüber, nach diesem parlamentarischen System also die Zeiten für neue Belastungen des Volkes günstig. Die Ministerialräte und Staatssekretäre haben bereits ihre Vorschläge für neue Belastungen des Volkes, nach den Weisungen ihrer Herren Minister ausgearbeitet. Auch der Arbeiter soll wiederum zu neuen Lasten und Abzügen des Hungerlohnes gezwungen werden. Die Gewerkschaften weiß das lange und hat dabei noch die Stürze, ihre Mitglieder unter hohlen Phrasen zur „Maifeier“ aufzurufen. Jahrzehnte lang hat sich der deutsche Arbeiter unter falschen Parolen und roten Fahnen von volksfremden und -schädlichen Hegeern verführen lassen. Nun hat er die Praxis dieser „Programme“ am eigenen Leibe erfahren und fragt dafür, daß die Lüge der roten Maifeier verschwinde. Der deutsche Arbeiter fordert Freiheit und Brot für seine Familie, sein Volk und Vaterland. Er läßt sich nicht mehr für die Interessen der Internationalen und ihre Schwindelnummer auf die Straße locken.

„Glossenheit und Kraft zu heben? Nichts, gar nichts!“

Nicht den kleinsten Erfolg haben sie als Vertreter der liberalen Weltanschauung in Generationen erzielt — und uns wegen sie zu kritisieren. Und unter Kämpfen wagen sie die nationale Eignung abzuschreiben, die wir überhaupt erst wieder den Begriff eines einzigen Volkes, die wir überhaupt erst die Möglichkeit einer außerparlamentarischen Geltung Deutschlands geschaffen haben.

In unseren Reihen markiert das deutsche Volk, markiert alles, was sich zum Gebahren des Volkstums, zur deutschen Nation bekennt, ohne Unterschied des Rades und des Standes, geht durch den unendlichen Willen, ein Vaterland oder Volksgenossen zu schaffen, ein Vaterland und einen Staat, die die Überwindung der Idee von 1789 verkörpern. Und ruhig und unbeteiligt, im unerschütterlichen Marschtempo des alten deutschen Heeres markiert die Armee Adolf Hitlers die feine und raue Straße zum Siege weiter, trotz aller Bedenken!

Wir sind das Heer vom Vaterland,
Doch hoch die roten Fahnen!
Der deutschen Arbeit wollen wir
Den Weg zur Freiheit bahnen.

Der verhinderte Stalinimitator

Im vergangenen Herbst verkündete die „Rote Fahne“ die Errichtung einer „Sowjetzelle“ in Deutschland. Ein jüdischer Advokat und Reichstagsabgeordneter wollte als Bürgermeister in das medienburgische Städtchen Voigtländer einziehen, gewählt von SPD und KPD. Der „Rück-Jahresplan“ für die 6000 Einwohner lag schon bereit, nur machte im letzten Augenblick die Staatsregierung einen Strich durch die Rechnung. Nun hat der Spul der Neuwahl der Bürgererschaft sein Ende gefunden. Ein nationalsozialistischer Bürgermeister wird gegen SPD und KPD. Ordnung geschaffen.

„Gemäßigter Optimismus“

„Nächst veröffentlichte Ermittlungen der Regierung in den sächsischen Schulbezirken Rade und Schwarzenberg ergaben ein erschütterndes Bild von der sozialen Not unseres Volkes. Von den 5166 Kindern beider Bezirke haben 2319 kein eigenes Bett. In 166 Fällen schlafen 6 Personen in einem Raum, in 80 Fällen 7, in 32 Fällen 8 und in 22 Fällen sogar 9 Personen in einem Raum. Zahlreiche Personen haben überhaupt kein Bett. Sie schlafen in der Stube bezogen in Räumen, die keine Ähnlichkeit mit einem Schlafzim-

mer haben. Von den Vätern dieser Kinder sind 1108 arbeitslos und 812 kurzarbeitslos; in 3 Fällen besog eine pflichtfähige Familie ein wöchentliches Einkommen von 8 bis 9 Mark. Von den Kindern haben 2056 nie oder höchst selten Naturkost gegessen, 1175 nie oder selten Obst. Von Monat zu Monat häufen sich die Fälle, in denen Schulverweigerung auf das Fehlen von Schutzwert zurückzuführen sind. — Das sind Zahlen, die deutlicher als sämtliche Rechenschaftsberichte Zeugnis von der furchtbarsten, an sich selbst den Tod des uns eines weiten Heiles, über den wir uns des deutschen Volkes ablegen.

Das rote Parteibuch und der „gute Posten“

Als Adolf Hoffmann, der Sohn-Gebo-Hoffmann, Minister war und in Preußen Kultur machte, wie seine Kollegen, die Wochenschrift Minna Fackel, dieses in Braunshweig bejagte, erhielt er aus Weile einen mit dem 19. Dezember 1918 datierten Brief, der im Preussischen Regierungsbüro unter der Briefnummer 7009 gebucht wurde. Ein Freund Adolfs bewarb sich darin um einen Ministerposten mit folgenden Worten: „Der Adolf! Hast meine Karte nicht getrichelt. Du sollst mich doch einen guten Posten besorgen in einigen Tagen werde ich entlassen und come wieder nach Weisau Gröbchen 8. Ich habe gelesen das ein Minister vor Auswärtige gesucht wird. Du weißt das ich immer vort Auswärtige war und Du mußt mich den Posten zukommen lassen. Dankst du mich das Du so schnell geantwortet hast. Was meine Idee ist die kam mir nach Berlin und machst alles mit. Adolf das soll einen Posten geben!“ — Es ist nicht bekannt geworden, ob Adolf seinem Freund einen guten Posten besorgen konnte, wahrscheinlich hätte es dieser auf Grund seines furchtbaren Parteibuches wohl nach dem SPD-Grundgesetz verdient gehabt. Jedenfalls ist anzunehmen, daß dieser treue Genosse ebenso gut „vort Auswärtige“ gefragt hätte, wie Adolf „vort die Kultur“. Minister sein ist gar nicht so schwer, „Dankst du“ ist, daß man zu sich Zutreten hat und daß „es fette Moneten gibb“, dann geht es schon von selbst.

„Der Nationalsozialismus auf dem Rückmarsch!“

So zu lesen als bide Uebersticht der Bremer Volkszeitung“ vom 10. 3. 32. Das Parabel des Reichstags, der rote Prinz Dr. Hubertus zu Wittenstein schreibt, daß er nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß gekommen sei, die Ganze Rheinland und Westfalen zu be-

reissen, um für die Reichspräsidentenwahl am 13. 3. 32 Kellame zu machen. Und was hat er auf seinem Kellamerit festgelegt: „Im Induslriegebiet ist der Nationalsozialismus auf dem Rückmarsch! Es läßt sich eben nichts an der Tatsache ändern, daß der Nationalsozialismus im Ruhrgebiet Schläge auf Schläge erhält und daß er vollends in diesem Wochen noch weiter zurückgeworfen wird!“ —

O armer Prinz! Es wäre besser gewesen, Du wärest bei Deinen Reichstagskammer-Brutrupp für Berlin-Brandenburg geblieben, dann hättest Du die Parteifolien Deiner „bleichenen Prinz“ nicht so in Anspruch zu nehmen brauchen und Dir hätte die Blamage erspart geblieben.

Hast Du schon einmal ausgerechnet, welchen Bombenerfolg Deine Jagd gehabt hat? Nein! —

Parteigenossen aus den Betrieben!

Die NSD. wird von jetzt ab regelmäßig eine Arbeiter-Beilage bringen. Selbst mit! Schüßert Eure Erlebnisse in Betrieb, in der Gewerkschaft, auf den Stammtischen, auf den Fürjorgeämtern.

Nun so will ich Dir erzählen, wie „der Nationalsozialismus auf dem Rückmarsch“ ausfällt:

In den Gauen, die Du mit so großem Erfolg bereist hast, hatten wir

zur Landtagswahl 20. 5. 28 144 986 St.
zur Reichstagswahl 14. 9. 30 1 256 396
zur Landtagswahl 24. 4. 32 2 463 191

So sehen die Schläppen aus, die Du dem Nationalsozialismus beigebracht hast! Man muß schon sagen, Du hast sehr gut gearbeitet. Wir werden, wenn wir das Dritte Reich endgültig übernehmen, uns auch gern eines Prinzleins erinnern, bei dem die Worte größer sind als die Tat. Geleitet.

Neues vom 5-Jahresplan

Ein Mosauer Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ berichtet interessante Einzelheiten über die Entwicklung des 5-Jahresplans. Der große Fehler des Planes ist, wie wir schon vor einiger Zeit an dieser Stelle ausführten, daß er nur auf dem Papier aufgestellt ist und die notwendigen Voraussetzungen unberücksichtigt läßt. Wie sehr das der Fall ist, kann man z. B. daraus erleben, daß die in den letzten Monaten hergestellten Traktoren nicht in Gebrauch genommen werden können, weil einige Kleinigkeiten an der Konstruktion fehlen und nicht zu beschaffen sind. Es handelt sich um kleinere Sporen für die Räder.

Neue Kleinwerke können nicht in Betrieb genommen werden, weil Bauteile unterlaufen sind.

Die reparaturbedürftigen Maschinen bleiben zu 50 Prozent liegen, weil es an geschulten und ausgebildeten Monteuren fehlt.

Durch die systemlose Kollektivierung, die jetzt durch Stalin unterbunden worden ist, nachdem man sie vorher als den letzten Schritt zum Kommunismus erklärt hatte, ist an vielen Stellen das Saatgut ausgegangen, so daß die Bewässerung unterbleiben muß. Zahlreiche Mängel und Schwächen liegen auf allen Gebieten vor.

Das Russen-„Geschäft“

Wochenlang haben sich die Bank- und Börsenführer den Kopf zerbrochen, wie man die Lieferung der Stahlindustrie nach Sowjetrußland finanzieren solle. Stalin freit angedeutet zum Frühjahr... bereits drei Kapitalkisten, doch ihre Hilfe nimmt er gern zum Aufbau des Sowjetgöhen Maschine. Die deutsche Industrie ist durch die Wirtschaftsanarchie derart ausgeblutet, daß sie selbst derart zweifelhafte Kunden bedienen muß, um wenigstens die Belegschaft beschäftigen zu können. Bezeichnend bei diesem Geschäft ist nun wiederum, daß den Haupttreibhah die Bankkonzerne einsehen, die es verstanden haben, sich fast risikolos einzufachalten. Die Hauptlast der Finanzierung liegt bei der Reichsbank, die letzten Endes auf die mehr oder weniger wertvollen Papiere Geld herleihen soll. Mit der Reichsbank wird schließlich das Risiko auf die Schultern der Allgemeinheit geladen. Eine mehr als fragwürdige „Kulturbelug“ der Wirtschaft durch diese Art „Außenwirtschaft“.

Tretet ein in die NSBO!

Volk und Wirtschaft

Zentrum und Landwirtschaft

Das deutsche Bauerntum fordert rücksichtslose Abkehr vom Marxismus

Im Frühjahr 1924 forderte die Generalversammlung des Rhein. Bauernvereins anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag von den Abgeordneten derjenigen Parteien, welche bei der Wahl auf die Stimmen der rheinischen Landwirte und Bauern rechneten:

Grundsätzliche Abkehr vom Marxismus, welcher in den letzten 5 Jahren seine Unfähigkeit zum Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft erwiesen hat.

Die Berufsorganisation der rheinischen Landwirtschaft hatte also bereits vor 8 Jahren klar erkannt, daß jede politische Zusammenarbeit mit den Parteien des Marxismus, d. h. mit Sozialdemokraten und Kommunisten, die Vernichtung des nationalen deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft, in erster Linie der bodenständigen Landwirtschaft zutiefst schaden würde. Sie verlangte daher folgerichtig von den politischen Parteien, die sich angeblich für die Lebensinteressen der rheinischen Landwirtschaft einsetzen, grundsätzliche Trennung vom Marxismus.

Dieselbe Forderung erhob der Rheinische Bauernverein erneut im Frühjahr 1928 und im Sommer 1930, als wiederum neue Wahlen anstanden. Er verlangte ferner, daß dem Landvolk einen mitbestimmenden Einfluß bei der Regierungsbildung in Preußen und im Reich eingeräumt würde.

Als die Vertretung der rheinischen Landwirtschaft bezeichnet sich u. a. das Zentrum und die christl. Bauern- und Landvolkspartei. Vertrauens auf den bäuerlichen Abgeordneten bindenden Beschluß der Berufsorganisation und auf die Wahlversprechungen der Parteien wählten viele rheinische Bauern und Bauernwirte das Zentrum und die Landvolkspartei.

Was taten aber diese Parteien bisher jedesmal, als sie die Stimme des rheinischen Bauern erhaben hatten? Das Zentrum verblieb trotz alledem in Preußen und im Reich in enger politischer Gemeinschaft mit der marxistischen Sozialdemokratie. Und die nunmehr in Preußen verschundene Landvolkspartei schwankte mal für, mal wider diese Koalition. Im Reich regierten sie mit wohlwollender Duldung der Sozialdemokratie, in Preußen hingegen „regierte“ unentwegt die Sozialdemokratie, zerrissen und gestützt vom Zentrum.

Der Bauer erkennt die Güte der Saat an der Güte der Frucht. Die Güte dieser politischen Saat bezeichnet der „Rhein. Bauer“, das Organ des Rhein. Bauernvereins, am 19. 8. 32:

„Seitdem der marxistische Einfluß in Wirtschaft, Politik und Kultur herrschend geworden ist, zeigen sich überall Erscheinungen der Zersetzung und der Vernichtung, weil der Marxismus gegen den nationalen Staat, gegen den nationalen Binnenmarkt, gegen christliches Wesen und gegen die Verpfändung des Volkes kämpft. Die Vernichtung der produktiven Wirtschaft, das Überhandnehmen und die Vordringlichkeit des internationalen Großkapitals untergraben die Lebens- und Existenzmöglichkeiten des bäuerlichen Standes.“

Tod des rheinischen Bauerntums wird die Folge dieser Koalitionspolitik zwischen dem Marxismus und dem Zentrum samt seinen Mitläufern sein.

Wiederum hatten wir Wahlzeit! Wiederum rief am 19. 8. 32 die Generalversammlung des Rhein. Bauernvereins dieselbe Forderung wie vor 8 Jahren. Der „Rhein. Bauer“ schreibt am 26. 8. 32 hierzu:

„Seit fast 14 Jahre haben die marxistischen Elemente, durch die Revolution in den Sattel gehoben, die Geschichte der preussischen Staatsregierung und Verwaltung in verhängnisvoller Weise beeinflusst und das Gegenteil ihrer Versprechungen von Freiheit und Brot gebracht. Das Ende dieses Werts ist gekennzeichnet durch den völligen Zusammenbruch der öffentlichen und privaten Wirtschaft.“

Das Volk hat nunmehr sein Urteil zu sprechen. Es wird und kann nur lauten: Fort mit der politischen und wirtschaftlichen Mißwirtschaft, fort mit dem Geist der Selbstflucht und des Materialismus.“

Also wiederum verlangte die bäuerliche Berufsvertretung zur Rettung der rheinischen Landwirtschaft in eindeutiger Weise die grundsätzliche Abkehr vom Marxismus jeder Art.

Und das Volk hat sein Urteil gesprochen!

Wird das Zentrum und werden die übrigen Mitläufer dieses Mal die Pas-

role des Rhein. Bauernvereins befolgen und sich von jeder Gemeinschaft mit dem Marxismus lösen?

Wir haben sie bereits im Wahlkampf einige mit dem Marxismus jeder Schattierung, einige im Kampfe gegen einen Mann, einen in Hohn und Verleumdung gegen den Führer der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung.

Während die Andern zusammen mit dem Marxismus im Geiste der Selbstflucht und des Materialismus die deutsche Wirtschaft sterben ließen, kämpfte seit 14 Jahren Adolf Hitler in grundsätzlicher Abkehr vom Marxismus für

den nationalen deutschen Staat, für den nationalen deutschen Binnenmarkt, für positives Christentum, für soziale Gleichberechtigung und für Beherrschung des deutschen Volkes. Er ist der Todfeind des reaktionären liberalistischen, sozialistischen Systems, darum der Kampf aller gegen diesen Feind.

Der Rhein. Bauernverein verlangt, daß dem Bauernstand entscheidende Mitbestimmung an der Regierung in Preußen und im Reich endlich eingeräumt wird. Adolf Hitler sagt:

„Das neue deutsche Reich wird ein auf dem Landvolk aufgebauter Staat sein oder es wird nicht sein.“

Landarbeiter wählen Hitler

Bezeichnendes Eingeständnis einer Marxisen-Gazette

Die „Münchener Post“ bringt in ihrer Nr. 62 einen Aufruf des Deutschen (marxistischen) Landarbeiter-Verbandes der Gauleitung Bayern. Darin gibt die Verbandsleitung an, daß viele Landarbeiter und sogar die organisierten Genossen Adolf Hitler gewählt haben. Trotzdem sie jede Woche im „Bayerischen Wochenblatt“ Gerhard Ruerz fälschweise Verleumdungen über den Nationalsozialismus lesen mußten. Die „bewährten“ Gewerkschaftsführer aus der Sozialistischer schreiben wortwörtlich: „Und doch hatten viele den Glauben an sogenanntes Dritte Reich und ließen dieser Gesellschaft nach...“ „Der liebt Euch in dieser Notzeit einschüchtern, ja Ihr habt im Hofen auf eine bessere Zukunft diesen hergelaufenen Soldaten des Großkapitals mehr geglaubt, als Euren jahreslang erprobten Führern...“

Und nun das Hauptgeständnis: „Manche haben am 13. März statt Hindenburg einen Mann wie Hitler gewählt!“ — „Unser Verband ist zu schade für Leute, die ein Brett vor dem Kopf behalten wollen. Wir verzichten auf solche Mitglieder...“

Dieser Aufruf bestätigt voll und ganz unsere Behauptung, daß der Marxismus den Boden in den Arbeiterkreisen verloren hat, und daß nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch weite Schichten der Landarbeiterschaft ihre Hoffnung auf Adolf Hitler gesetzt haben.

Der marxistische Landarbeiterverband, der, nachdem ihm einst fast die ganze Landarbeiterschaft vertraute, heute zu wenigen Hunderttausend zusammengekrumpft ist, scheint sich frampfhaft zu bemühen, den Arbeitern auch noch das letzte Vertrauen zu nehmen, denn er erkennt nicht die Ursache dieses Mißgeschickes, sondern er sucht die Schuld auf seinem langjähigen Dahinsinken. Die Tugenden flucht der Landarbeiter aus den Reihen der SPD hat eine tiefer Ursache, die man allerdings in der Bonzenwelt nicht versteht. Die Dorfarmut, hervorgerufen durch die falsche sozialdemokratische Agrarpolitik, ist der

eigentliche Grund, weshalb die Landarbeiter den Glauben an die Verkünder „des Lebens in Seigenszeit und Würde“ verloren haben.

Wie sieht es heute im Dorfe aus?

„In Seidhof bei Dömh an der Elbe zündete die Frau des Landarbeiters G. Jahnke das Wohnhaus an und warf ihre beiden Kinder, zwei Mädchen im Alter von 3 und 5 Jahren, in den Dorfbrunnen, wo sie ertranken. Sie sprang hinterher, der Brunnen war jedoch zu flach, so daß sie nur leichte Verletzungen erhielt, wieder hinaufkletterte und sich im nahen Wald erhängte.“

Warum? Dorfarmut!

Ein Landarbeiter wollte das Kalb seiner Dependance verkaufen und teilt uns über diesen Verkaufsverlauf mit:

„Ich erhielt für das Kalb von 105 Pfund den riesengroßen Betrag von 22 Mark (zweiundzwanzig). In Schlachthöfen müßte ich 4 Mark zahlen. Es verblieben mir nach Abzug dieser Speise noch achtzehn Mark. Pro Pfund verbleibt für mich ein Bruttoerlös von 17,2 Pfg. (siebzehn zweihundert Pfennig).“

Dorfarmut!

Wenn nach 13 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft solche Not möglich ist, dann ist es kein Wunder, daß die Genossen davonlaufen.

Der Landarbeiter, der die ganze Woche gestreift hat, bringt 6 bis 8 Mark in der Rohkiste nach Hause und sieht sich seiner Existenzmöglichkeit beraubt. Die Wohlhabensunterstützung der Gemeinde ist meist höher als der Wochenlohn des Landarbeiters. Und da verlangen sie, daß der Landarbeiter noch an den Marxismus glaubt. Und wenn sie mit Eingelungen reden würden — „das Brett vor dem Kopf hat nicht der deutsche Landarbeiter“, sondern die Gewerkschaftsführer und die Redakteure in den marxistischen Eigenveröffentlichungen. Daß der deutsche Landarbeiter wieder fragt: „Der Gott, der Eilen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, ist die große Tat Adolf Hitlers und nicht des marxistischen Landarbeiter-Verbandes.

Unter dem heutigen System:

Vernachlässigung des Landes zugunsten der Stadt

Sieg des Bauernhofes — die nationalsozialistische Aufgabe

Die Wirtschaftspolitik hat immer wieder die Interessen der Landwirtschaft geopfert zugunsten der Industrie und des Außenhandels. Das Geld des platten Landes ist von den Großbanken und in der Städten angelegt worden. Es sind die besten Vermögenswerte, die großartigen Bildungs- und Versorgungsanstalten, die fortwährend Vermögenswerten und dergleichen mehr entstanden. In den Schulen ist der heranwachsenden Jugend nicht mehr Verständnis für Natur und Landleben, sondern Bewunderung der Technik und der Massenwirkung gelehrt worden. Und das alles ganz überwiegend zu Lasten des platten Landes, denn man es gern überließ, auf seine Kosten die Menschen großzuziehen und heranzubilden, mit denen erst diese Großstadtenentwicklung möglich war.

Dieser Zustand kann nicht beibehalten werden, aber es könnte die Frage aufkommen, und wir Nationalsozialisten sind oft genug gefragt worden, wie wir als politische Gruppe in einer Berufsvertretung dem Uebel steuern wollen. Die Antwort besteht in einer Gegenfrage. Was hat die landwirtschaftliche Berufsvertretung trotz vielfach erbliebenen Streikens bisher erreicht? Die Landwirt-

schaft steht vor dem Zusammenbruch; eine alte Bauernfamilie nach der anderen muß vom Hofe weg ins arme Elend! Jeder kann ausrechnen, wann er an die Reihe kommt; der Pfändungsbeamte ist der häufigste Abgesandte des Staates bei den Bauern. Für den durch die heutige Wirtschaftsführung enteigneten Bauern jagt kein Mensch im Staate. Er, der mehr geküßelt hat im Leben als irgendein anderer, wird nicht als „Arbeiter“ im Sinne der geltenden Fürsorge gewertet. Im Verfolg dieser Gedanken muß festgehalten werden: Die bisherige Form der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen hat das Unheil für den Bauern nicht anhalten können. Und deshalb vertritt es der Nationalsozialismus mit anderen Mitteln und, wenn es die Notwendigkeit verlangt, auch auf anderen Wegen.

Unter dem heutigen System hat die Landwirtschaft nicht nur keinerlei Aufstiegschancen, es kann ihr allein auch nicht geholfen werden, wenn das Ganze zusammenbricht. Mit dem Zusammenbrechen vieler tätiger einzelner Landwirte ist gegen die geschlossene Front der Massenkampf-Organisationen, die den Staat für ihre Sonderinteressen mißbrauchen, nichts auszurichten. Hier kann nur der geschlossene Kampfswille aller dazwischen durchgehen, die

sich noch zum deutschen Boden, unserem Vaterland, bekennen, die deutschen Familienfirmen hochhalten und im Gedenken ihrer Väter gesammelt sind, die heilige deutsche Erde nach außen und nach innen bis zum Letzten zu verteidigen.

Die heimatische Scholle darf nicht Schachernsobjekt für das internationale jüdische Kapital sein. Der Bauernhof, letzten Endes die Geburtsstätte von uns allen, ob Bauer, Bürger oder Arbeiter — muß liegen. Diesen Kampf wollen und werden wir führen in strenger Disziplin, unter einheitlicher, zielbewusster Führung und nach den großen leitenden Gesichtspunkten Adolf Hitlers, des Mannes, auf dessen Führen am liebsten und energiegelichsten wir stehen: Kampf für deutsches Land, deutsches Blut und deutsches Bauerntum.

Polnisches Holz!

Unter dem nationalsozialistischen Regime ist Schluß damit

Die Lage des deutschen Waldbestandes ist derartig katastrophal, daß die Rinde hiervon aus allmählich in die Angelen der Behörden und Ministerien gedrungen sein dürfte. Es bestehen sogar Verfügungen der zuständigen Stellen, daß im Hinblick auf die Abholzwirtschaften für alle öffentlichen und mit öffentlichen Mitteln unterstützten Bäumen ausschließlich deutsches Holz zu verwenden ist. Es erübrigt sich auch, auf die Vollstreckungsmaßnahmen aller Länder rings um Deutschland hinzuweisen. Der zusammengekrumpfte deutsche Ausfuhrverkehr redet hier von einer deutschen Sprache. Besonders Polen und die slavischen Mandatsländer schließen sich herbei gegen jede Einfuhr aus Deutschland ab.

Angeht es dieser Tatsache nicht, es wie ein blutiger Dorn, wenn aus Leipzig die Meldung kommt, daß das Leipziger Stadthaus mit der Vergebung von Zimmerarbeiten für die Kleinfeldungsarbeiten die Verwendung von polnischem Kiefern vorschreibt. Bekanntlich sollen gerade die Kleinfeldungsarbeiten mit den geringsten Kostenanforderungen hergestellt werden. Und doch ist das deutsche Holz, das zu Preisen von 60 Prozent des Vorkriegspreises abzugeben wird, nicht genug, um für die Leipziger Kleinfeldungsarbeiten verwendet zu werden. Qualität steht die deutsche Kiefer nicht hinter der polnischen.

Preisfrage: Was würde in England oder in jedem anderen modernen Staat mit einer Behörde geschehen, die sich damit gegen die Belange der heimischen Bodenvirtschaft vergreift?

Polen will Danzig aushungern

Nachdem die Polen den Danziger Hafen erst als Kriegsschiffen mißbraucht und dann durch die Vergrößerung Odignas schwer geschädigt haben, geht Polen seit einigen Monaten systematisch an die Aushungern der gesamten Danziger Wirtschaft. Die Danziger hierzu bietet das polnische Danziger Volkstum. Nach einem langen Kampf um die Danzig angestrebten Kontingente, in dem auch erst noch der Völkerbundskommissar ein Wort mitreden mußte, das ihm die helle Wit Polens auszuverlangt Polen jetzt nicht mehr und nicht weniger als die vollständige Kontrolle aller mit Lieferungen nach Polen beschäftigten Danziger Firmen. Polnische Beamte sollen auf Danziger Boden das Recht zu einer ständigen Aufsicht über alle die Firmen haben, die nach den Abschüttelung Danzigs von seinem deutschen Teilende den führen Wunsch hegen, zum in Polen Arbeit zu finden. Danziger Firmen, die für Polen liefern, müssen reichlich und rücksichtslos auf jedes Kontingent verzichten, das ihnen als Danziger eigentlich zugehört. — Das ist die indirekte Aushungern des Danzig aufstrebenden und von allen internationalen Anhängen bei tätigen Reiches auf goldfreie Kontingente. Das Deutsche Reich aber sieht an! Wie lang noch?

In Kürze

Athen. Dienstag nachmittag nahm die Kammer den Gesetzentwurf über die Aufgabe der Golddeckung der Drachme an. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Newport. Bei der Beratung der Stenographie vorlage zum Ausgleich des Staatshaushaltes hat sich der Finanzansatz des Etats für 1932 auf 100, 100 und 100 ausgeglichen. Hiermit haben die Beschlüsse des Schuldenbankens in Nordamerika einen wichtigen Sieg errungen.

Stockholm. Der von der schwedischen Regierung mit der Unterdrückung des Artergerfandes beauftragte Ausschuss gibt bekannt, daß eine kurzfristige Verlängerung des Moratoriums unumgänglich sei. Die Lage der Finanzstrenger und Zoll lassen erkennen, daß die Verpflichtungen nicht einmal dann erfüllt werden können, wenn man für die Aktien normale Werte einsetzt.